

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Gewinn“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat September 150 Mk., im voraus schickend. Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen entgegen. Gedruckt bei: Danfa 1970, 1971 und 1972. Kunst Modult 2021. Redaktion: Danfa 1970, 1971 und 1972. Kunst Modult 2021. Redaktion: Danfa 1970, 1971 und 1972. Kunst Modult 2021.

Berlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, L

Die sozialistische Kampfbewegung über deren Raum sollte 25.— Mk., einschließlich Anzeigen, kleine Anzeigen: Das seitgedruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Anzeigen, laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Befunde 18.— Mk. netto pro Seite. Stellen-Befunde in Wort-Anzeigen: das seitgedruckte Wort 3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Außen- und Innenpolitik der USPD.

(Eigenbericht der „Freiheit“)

Gera, 21. September.

A.S. Die gestrigen Beratungen des Parteitag waren ein Spiegelbild der ersten ökonomischen Lage, in der sich die deutsche Wirtschaft und die Arbeiterklasse befinden. Eingeleitet wurde die Vormittagsitzung mit der mächtigen Darstellung des Genossen Ludwig über die Organisations- und Klassenverhältnisse der Partei. Die Mitgliederzahl beträgt fast 300 000, ist also nur unerheblich zurückgegangen. Die Klassenverhältnisse sind zwar nicht blendend, aber doch gesund. Trotz der großen politischen Schwierigkeiten verfügt die Partei immer noch über 48 täglich erscheinende Parteiblätter, die zum erheblichen Teil in eigenen lebensfähigen Betrieben hergestellt werden. In den Erkenntnis, daß auf dem organisatorischen Gebiete von der Parteileitung alles getan worden ist, was unter den schwierigen Verhältnissen zu tun möglich war, erteilte der Parteitag auf Antrag des Vorsitzenden der Kontrollkommission, Genossen Bod, ohne Diskussion einstimmig Entlastung.

Den Bericht der Reichstagsfraktion erstattete der Genosse Moses. Mit der an ihm gewohnten Lebendigkeit schilderte er in fesselnder Rede die vielfachen Probleme und Aufgaben, vor denen sich die Fraktion befand und noch befindet.

Danach folgte das Referat des Genossen Herz über die Wirtschafts- und Ernährungslage. Im Mittelpunkt seiner Darlegungen standen die durch die Geldentwertung bewirkten sozialen und ökonomischen Umstellungen, die die Macht des Kapitals und der Sachwertbesitzer erhöhen, während große Schichten der Papiermarkempfangler immer tiefer ins Elend sinken. Lebhafte unterricht der Parteitag die Schilderungen des Genossen Herz über die nicht nur soziale, sondern auch kulturell überaus bedauernde Herabdrückung besonders den geistigen Schichten.

Mit einer meisterhaften Rede, die alle Teilnehmer des Parteitages in gespanntester Aufmerksamkeit anhörten, schloß Hilferding die Vormittagsitzung ab. Zwei Fragen behandelte er: erstens die durch den Abschluß des Stinnes-Lubersack-Abkommens hervorgerufene ungeheure Verstärkung der Mächte des Kapitals, die die Staatsgewalt in Fesseln zu schlagen droht. Und zweitens jene aktive Währungs politik, die jetzt durch den teilweisen Erfolg in der Erfüllungspolitik durch das Abkommen mit Belgien dringend notwendig werde.

Der Wille des Parteitages und seine übereinstimmende Meinung trat in den Vormittagsitzung zweimal deutlich hervor. Das erste Mal, als Herz in seiner Besprechung des Dolchstoßes der Agrarier gegen die Getreidemalage erklärte, daß, wenn es der Sozialdemokratie nicht gelänge, diesen Anschlag abzuwehren und sie trotzdem nicht die innerpolitischen Konsequenzen daraus zöge, jeder mit Recht die Frage aufwerfen würde, welchen Zweck denn noch der Verbleib in dieser Regierung und die Übernahme der Verantwortung für die schweren Wintermonate haben soll. Und das zweite Mal, als Hilferding von seinem politischen Gesichtspunkte heraus zu einer ähnlichen Feststellung kam. Auch er fand die stürmische Zustimmung des Parteitages, als er erklärte, daß die Erfüllungspolitik jeden Sinn verlieren würde, wenn jetzt die durch die geschaffene Möglichkeit einer zielbewußten Valutapolitik, die der Geldentwertung und der Teuerung Einhalt gebieten, in vollem Maße ausgenutzt würden.

Wider Erwarten wurde die ganze Nachmittagsitzung von der Debatte über die drei Referate ausgefüllt. Sie erstreckte sich in erster Linie auf den Fraktionsbericht, wobei die Haltung der Fraktion zur Getreidemalage, zu dem Schutzgesetz und der bayerischen Krise der Kritik besonders ausgesetzt waren. Die Kritiker vertraten die Meinung, daß damals die Reichstagsauflösung hätte herbeigeführt werden müssen. Die Stimmung der großen Mehrheit des Parteitages war offenbar auf der Seite der Verteidiger der Fraktion, die die schwerwiegenden Gründe gegen diese Auffassung nachhaltig vertraten.

Wegen der vorgezeichneten Zeit — die Debatte erreichte erst gegen 6¼ Uhr ihr Ende — werden die beiden Referate über die Einigungsfrage in der Vormittagsitzung am Freitag entgegengenommen.

Gera, 21. Sept. (Eig. Drahtbericht). Der heutige Verbandstag wird mit der Berichterstattung der Parteileitung und der Reichstagsfraktion auszufüllen. Zu Beginn der Sitzung bringt Vorsitzender Dittmann Bearb. Kurzabtelegramme zur Besinnung, die vom Parteitag mit lebhaftem Beifall angenommen werden. Darauf erhaltet

Genosse Ludwig den Geschäftsbericht

(aus den Bezirken Saarabiet, Oberhessen und Danzig sind Berichte nicht eingegangen). Aus ihm ist zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand der USPD seit dem letzten Parteitag in Ostpreußen von 300 658 auf 290 782 zurückgegangen ist. Die USPD verfügt außer über 48 eigene Zeitungen, einzelne Blätter, die wöchentlich erscheinen, und eine Anzahl Zeitschriften. Sie besitzt in Deutschland 26 eigene Druckereien, zum Teil auch Grundstücke. Zwei Geschäfte mußten schließen. Sie sind Opfer der gegenwärtigen Zeit geworden. Die Berliner und Rieker Druckereien konnten nicht mehr fortgeführt werden. In den Parteibetrieben sind beschäftigt 77 Redakteure, 24 kaufmännische Angestellte und 704 technische Angestellte (Buchdrucker usw.). Der Kasernenbericht weist einen Kasernenbestand am 31. August 1922 von 510 014,5 Mk. an. Ludwias apelliert auf das eindringlichste an die Opferwilligkeit der Mitglieder und verweist auf das rühmliche Verhalten der rheinischen Parteigenossen, die freiwillige Beiträge von 5 bis 10 Mk. zahlten.

Bericht der Kontrollkommission

erstattet Genosse Bod-Gotha. Er stellt fest, daß keinerlei Beanstandungen zu machen gewesen seien. Alles war und ist in bester Ordnung. Die in der gegenwärtigen Presse aufgestellten Behauptungen, unsere Partei bzw. einzelne Presseorgane würden mit fremden Geldern, etwa von der Entente aus finanziert, seien durch und durch un wahr. Unsere Partei ist unabhängig von jeder Seite gegeben. Redner beantragt, dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

Eine Debatte wird nicht beliebt. Genosse Dittmann betont am Schluß dieses Punktes noch, daß es die dringende Pflicht, der wiedervereinigten Partei sei, größte Aktivität zu entfalten, um auf allen Gebieten das Beste leisten zu können. Die Beispiele des Dypertutes, die unsere Partei von ihrer Gründung an bis jetzt gegeben hat, werden in der Geschichte fortbestehen.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion

spricht Genosse Moses: Die politischen Ereignisse jagen im Flugzeugtempo an uns vorüber. Ein Moratoriumsgesuch folgt dem andern, und eine Krise der anderen. Mehr als je sind wir auf die Behandlung der

Probleme der auswärtigen Politik

angewiesen. Leider ist im deutschen Volke wenig Kenntnis über das Ausland vorhanden. Der Friedensvertrag von Versailles, die vielen Konferenzen in Cannes, Genua und London haben und gezeigt, wie sehr wir Wert legen müssen auf die

Hilfe der internationalen Arbeiterschaft.

Von Anfang an ist die USPD für die Revision des Friedensvertrages von Versailles eingetreten. Wir wünschen die Verständigung der Völker untereinander. Der internationale Schwerpunkt liegt in der Erfüllungspolitik. Wir sind für diese, weil wir wissen, daß sonst Katastrophen heraufziehen, deren Folgen nicht übersehbar sind. Natürlich darf die Erfüllungspolitik nicht alle Lasten auf das Proletariat abwälzen.

Die verderblichen Folgen des Versailler Friedensvertrages zeigen sich nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Entente. Wir verlangen daher die Umgehung des Versailler Vertrages nicht von den Regierungen und Parlamenten, sondern von der internationalen Arbeiterschaft. Wir sind bereit zu erfüllen, aber auch nur im Rahmen des Möglichen. In diesem Sinne haben wir die Politik des Kabinetts Dittmann unterstützt. Entspricht diese Politik nicht mehr unseren Wünschen, dann schärfen wir die Maßnahmen. Wir können nicht zulassen, daß alles auf das Volk abgewälzt wird. Protestieren müssen wir gegen die Ausschaltung des Reichstages in den außenpolitischen Fragen. Eine solche unwürdige Stellung des Reichstages ist verhängnisvoll. Wir haben die sofortige Einberufung des Reichstages gefordert, damit zu den außenpolitischen Fragen Stellung genommen werden kann, damit die Vertretung des Volkes das Notwendige sagt und nicht die Geheimdiplomatie dominiert. Je mehr die Volksvertretung sich äußert, desto mehr wird die internationale Atmosphäre entglast. Wir werden beim Zusammentritt des Reichstages die Regierung fragen, ob sie vorher keinerlei Kenntnis von

dem Stinnes-Lubersack-Vertrag

gehabt hat. Was wir jetzt feststellen, ist die zuandegelommene Internationale des Kapitals. Wie sehr das in arbeiterfeindlichem Sinne in die Erscheinung treten kann, zeigt unter anderem auch der Vertrag, den die Russo-asiatische Gesellschaft mit der russischen Regierung abgeschlossen hat. Diese Gesellschaft kann nach ihrem Vertrieben Arbeiter anstellen und entlassen. Arbeiterräte werden nicht gebildet. Die Sowjetregierung stimmte diesem

Abkommen zu und zeigte damit, wie sehr ihre Praxis im Gegensatz steht zu der von ihr vertretenen Theorie. In der Außenpolitik ist es sehr wesentlich, daß das

Ausland Vertrauen zu Deutschland

hat. Solange bei uns die Reaktion triumphiert, solange in München ein Hindenburg-Rummel sich abspielen kann, wird natürlich in Frankreich der Geist von Poincaré herrschen. Die überflüssige Reichswehr, die uns 4½ Milliarden pro Jahr kostet, ist in ihrem Offizierskorps ebenso verjunfert, wie die kaiserliche Armee. Sie vliegt jetzt durch die Traditions-kompagnie den Geist von Potsdam, das heißt, den Geist, der zum Sturz der Republik führt. Die Regimentsfeiern sind Provokationen gegen die Republik, sind Vorpostengefechte der Reaktion. Gefriers Erlaß an die Reichswehr, in dem er die Bildung des Untersuchungsausschusses bekannt gibt und die Intervallanten geradezu befeidigt, wird unter unserer scharfen Kritik stehen. Wir werden nicht müßig sein, immer und immer wieder auf die Mißstände in der Reichswehr aufmerksam zu machen und auf Abhilfe zu drängen.

Redner wendet sich nunmehr wirtschaftlichen Fragen zu. Gefährlich für das Volk ist

die Profitwut der Landwirtschaft,

die nicht Wert legt auf den Handel der wichtigsten Produkte, sondern sich aus Profitinteresse auf die lohnendsten Produkte wirt. Durch die Sabotage der Landwirtschaft soll die Republik letzten Endes getroffen werden. Wenn man sich die Aufrufe des Reichslandbundes betrachtet, so kann man nur von

einem agrarischen Hochverrat

sprechen. Nicht nur durch Putzsch à la Kapp versucht, die Reaktion, wieder zur Herrschaft zu kommen, sondern durch andere, vielleicht noch wirksamere Methoden. Durchgreifende Maßnahmen sind notwendig, um sozusagen in letzter Minute das Schlimmste abzuwenden. Durch die Teuerung, die Lebensmittelknappheit tritt eine

ungeheure Schädigung der Volksgesundheit

auf. Das Kindersterben ist größer als zuvor. Tuberkulose, Skrofuloze und Rachitis, sogar Sturdt greifen um sich. Nach den Berichten ausländischer Ärzte kann gesagt werden, daß in Deutschland ein Kindersterben zu verzeichnen ist, gegen das der Kindermord von Vichychem eine Spielerei giewen ist. Hungertod geht um in Deutschland. Da ist es kein Wunder, wenn die Kriminalität steigt. Schon Professor Schaffenburg deutet in der Vorlesungszeit, daß mit dem Steigen der Brotpreise die Kriminalität sich erhöhe. Rot lechzt eben kühlen. Andererseits aber sieht man ein Leben, das geradezu verheerend, nicht nur auf uns, sondern auch auf das Ausland wirken muß.

Der Reichskanzler habe das Wort geprägt: Eris Prag, dann Reparationen. Nun muß aber in erster Linie der Alkoholherstellung Einhalt geboten werden. Im Vorjahr seien 13 Millionen Zentner Gerste zu Alkohol verwendet worden. Unsere Forderungen gehen dahin, diesen Mißstand zu beseitigen.

Wenn das Ausland Vertrauen zu uns haben soll, muß aber auch

die Klassenpolitik

die wir so oft nachschütteln nennen mühten, endlich verschwinden. Wir protestieren gegen die Auslieferung der spanischen Syndikalisten, um das uns allen heilige Asylrecht zu schützen. Aber ebenso scharfer Protest sei den Todesurteilen, die in Moskau wider die Sozialrevolutionäre verhängt wurden. Durch diese Todesurteile ist unser Bestreben, den Opfern des kommunistischen Marschutches zu helfen, außerordentlich gehemmt worden.

Hierbei kommt es zu einer bewegten Szene.

als Gen. Moses hervorhebt, daß in Berliner kommunistischen Versammlungen die Nachricht von dem russischen Todesurteil mit härmlichem Beifall ausgenommen worden ist (lebhaftes Pfuirake) und daß die „Rote Fahne“ über diese Urteile triumphiert hat, was den Parteitag zu einer leidenschaftlichen Kundgebung der Empörung hinriß, bemerkten die Delegierten, daß oben auf der Tribüne, wo die kommunistischen Presseberichterstatter sitzen, höhnisch gelacht wurde. Ein Delegierter weist laut darauf hin und es kommt

zu einem Ausbruch der Empörung.

wie man ihn selten auf einem Kongress gesehen hat. Die Delegierten, deren Aufregung der Vorsitzende Dittmann trotz eifrigen Pantens nicht beschwichtigen konnte, verlangten stürmisch, daß die kommunistischen Pressevertreter den Saal verlassen, die sich endlich auch zum Gehen anschickten. Vorsitzender Dittmann, der sich nach langem Säntzen endlich Ruhe verschaffen kann: Ach verstehe die Erregung und teile die Empörung, die den Parteitag zu einer spontanen Abwehraktion gegen diese beispiellose Gemeinheit aufgebracht hat. (Stürmische Zustimmung.) Aber damit wollen wir die Sache erlediat sein lassen und auch diesen jungen Bürlischen, die das deutsche Proletariat als Spielball für ihre Eitelkeit und ihren Ehrgeiz mißbrauchen, keine übermäßige Bedeutung beimessen. Damit ist der Zwischenfall erlediat.

Genosse Moses (fortfahrend)

geht dann zu sozialpolitischen Fragen über. Er schildert die Not der Kriegsopter, der Arbeiterrentner, Witwen

und Waffen. In der Fürsorge aller Art sind trostlose un-
haltbare Zustände eingetreten. Hier zeigt sich

die ganze Rücksichtslosigkeit des kapitalistischen Systems.
Ebenso furchtbar ist das Wohnungsbede. Das Reichsmietenge-
setz war unzulänglich. Wir stormten ihm trotzdem zu, um
schlimmeres zu verhindern. Selbst die Kommunisten haben
dem Gesetz zugestimmt. Das Wohnungsabgabengesetz mußten
wir ablehnen, weil es unsozial ist. Auch

die Kulturpolitik
ist ein sehr trübes Kapitel. Schule, Hygiene usw. alles
ist schlecht behandelt worden. Nur eine „Kulturart“ hat der
Reichstag zu verzeichnen. Eine Entschlebung ist von allen
Bürgerlichen abgelehnt worden, die den weiblichen Beamten,
auch den unverheirateten, das Recht der Mutterschaft sichern
sollte. Die Reichstagsmehrheit hat sich letzten lassen von
klerikalen und rückwärtlichen Ansichten.

Es ist nicht möglich, unsere ganze intensive Arbeit im
Reichstag zu schildern. Es wird aber zu harten Kämpfen
kommen, besonders wegen Orgeß-Banern, das innen- und
außenpolitisch eine schwere Gefahr darstellt. Wir können ge-
trost sagen, daß wir im Reichstag ein gut Stück Arbeit ge-
leistet haben. Wenn nicht alles erreicht ist, liegt es an den
Mehrheitsverhältnissen. Alle Bürgerlichen sind einzig im
Kampf gegen den Sozialismus, national und international.
So muß sich auch das Proletariat zusammenschließen. Es
wird dann feig und unüberwindlich sein. (Stürmischer
Beifall.)

Einer Entschlebung des Genossen Dr. Moses
gegen die Moskauer Bluturteile
und das schändliche Gesselsystem stimmt der Parteitag ein-
mütig zu.

Es folgt das
Referat des Genossen Dr. Herr
über Wirtschaft und Ernährung.

Nur mit schweren Sorgen kann man gegenwärtig der
Entwicklung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse in den
nächsten Monaten entgegensehen. Die fortwährende und
rapide Steigerung aller Preise hat eine Feuerung geschaffen,
die alle Vorstellungen übersteigt. Die Steigerung der Le-
benshaltung beträgt nach den Berechnungen der Frankfurter
Zeitung vom Juli 1914 bis zum Juli 1922 das 140fache, vom
Juli 1922 bis zum August 1923 aber das 150fache, also in
einem einzigen Monat eine härtere Steigerung als in den
letzten acht Jahren.

Eine solche Entwicklung ist die schwerste Störung unserer
Wirtschaft. Sie bedroht alle diejenigen, deren Einkommen
nicht annähernd freierwerdend sind. Unter Einwirkung
einer unausgesetzten Preissteigerung ist der Reallohn in
Deutschland seit Beginn des Krieges auf unter 50 Prozent
gesunken. Wir müssen aber auch offen aussprechen:
Schwerer noch leiden andere Schichten.

Die Rentenempfänger aller Art
und auch die aktiva schaffenden Schichten, Gelehrte,
Klerikale, Schriftsteller und Künstler, darin liegt
eine schwere Bedrohung unserer gesamten
Kultur. Die Abhängigkeit vom Ausland erschwert den
Kampf gegen diese Entwicklung. Was in dieser Hinsicht
möglich ist und zu erreichen hat, wird nachher Silber-
dina darlegen.

Die Erschütterung unserer Wirtschaft
durch Kriege und Nachkriegskrisen macht eine Gemein-
wirtschaft unausbleiblich. So wenig Gemeinwirtschaft Ver-
gesellschaftung der gesamten Produktion auf einen Schlag
bedeutet, so dringend notwendig ist es, daß wir alle Wirt-
schaftsmaßnahmen unter dem Gesichtspunkt dieses Zieles
betrachten.

Die Gemeinwirtschaft ist das höhere Prinzip.
Sie schaltet Egoismus und Profitgier aus und stellt das
Gesamtwohl als obersten Grundgedanken auf. Auf keinem
Gebiet oder in der Widerstand der kapitalistischen Gesell-
schaftsordnung und seine Unfähigkeit, die ausreichende Ver-
sorgung aller Menschen durchzuführen, so eskalieren, als auf
dem Ernährungsgebiet. Die Welt erweist auch gegen-
wärtig einen Ueberfluß an Nahrungsmitteln, und trotzdem
sehen wir Millionen in Rußland, langsame Däh-
nen und Verelenden breiter Schichten in Deutschland und
in Oesterreich. In Amerika herrscht eine große Not.
Die Erzeugung, die während des Krieges ungeheuer an-
gewachsen ist, findet keinen Absatz. Die Preise sind in
Amerika unter den Friedenspreis gesunken. Ungeheure
Warenvorräte, die nicht verwertet werden können, sind dort
vorhanden. Weizen, dessen wir für die Ernährung so
dringend bedürfen, wird als Düngemittel benutzt.
Lebensmittelvorräte werden in Amerika in den Ocean ver-
senkt, um die Preise zu heigern. Wir leiden Mangel,
schweren Mangel, weil unsere Erzeugung nicht ausreichend
ist. Richtig ist die

Steigerung der Agrarproduktion,
die weit hinter dem Technisch-Mögllichem zurückbleibt.
Unsere Agrarier trauen sich dagegen, weil sie die Boden-
preise erhalten wollen. Zu fordern ist auch eine ge-
rechte Verteilung. Sie aber benehmen heftigstem
Widerstand. Trotz dieses Widerstandes ist es uns im Juli
gelingen, die Getreidemenge durchzusetzen. Ihre Bedeu-
tung besteht in der Erhaltung eines Teiles der Ernte zu
bestimmten, von der Konjunktur unabhängigen Preisen. Wir
haben damals nicht alle Forderungen durchgesetzt. Wie
richtig unsere weitergehenden Forderungen waren, ist aus
dem neuesten Vorstoß der Agrarier gegen die Umlage er-
sichtlich. Mit dem Ziel höherer Preise verbinden sie die
Erschütterung der Umlage überhaupt. Ihre Forderung nach
Anpassung der Preise an die freien Preise bedeutet die Ver-
festigung fester Sicherungen, die uns im Juli die Zustimmung
ermöglicht haben. Ihr all unser härtester Wider-
stand. Sie sind ja über die einzelnen Forderungen im
Umlageausfluß unterrichtet. Ich will deshalb nur noch das
Wichtigste hervorheben:

Die Erhöhung des Umlagepreises
für das erste Drittel der Ernte ist ungesetlich und bringt
eine Verwässerung des Preispreises. Eine
solche Erhöhung ist völlig unbegründet. Die Klagen
über schlechte Getreidernten sind unberechtigt.

Die Preise für Kartoffeln steigen automatisch mit. Weichen
Zweck noch die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung
hat, wenn sie solche Ungeheuerlichkeiten nicht verhindern
können, ist ernsthaft zu prüfen. Die Bürgerlichen Parteien
wollen die Sozialisten sowieso ausschließen, wenn ihre Wünsche
erst erfüllt sein werden. Wir sollten darum vorzugehen.
Rechner schildert dann, wie durch die Preissteigerungen die
Kaufkraft und die Wohlstand vernichtet wird, auf dem
Weltmarkt zu konkurrieren. Daraus ergibt sich notwendig
eine Wirtschaftskrise.

Die Steuer- und Finanzpolitik
hat die Inflation nicht aufhalten. Im Reichshaushalt ist
das Gleichgewicht nicht herzustellen. Hauptquellen des Reiches
sind noch immer die Steuern aus dem Massenver-
brauch, zum Beispiel war die Kohlensteuer auf
20 Milliarden veranschlagt. Sie bringt aber 120 Milliarden.
Rechnlich ist es mit der Umsatzsteuer. In keinem Ver-
hältnis dazu stehen die Einnahmen, die durch die Ver-
wertung vermindert werden. Unser Kampf gegen diese
Ungeheuerlichkeiten ist fast aussichtslos, solange wir an den

politischen Machtverhältnissen nichts ändern können. Wir
wollen eine Steigerung der Erzeugung, aber wir werden
am Achtundzweiundzwanzig nicht rütteln lassen.

In allen diesen Fragen haben die sozialistischen Parteien und
die Gewerkschaften zusammen gearbeitet. Leider gingen die
Gewerkschaften oft andere Wege. Das muß aufhören. Nur
wenn wir alle zusammenstehen, um die Arbeiterklasse vor
Eindringlingen zu schützen, wird die geeinte Sozialdemokratische
Partei das Vertrauen der Massen gewinnen. (Lebhafter
Beifall.)

Es folgt nunmehr das
Referat des Genossen Silberding
über Reparations- und Währungspolitik

Er weist zunächst darauf hin, daß seit der kurzen Krise
1919/20 in Deutschland fast keine Arbeitslosigkeit mehr ge-
herrscht hat. Jetzt aber stehen wir vor einem Winter
mit allen Schrecken der Arbeitslosigkeit.

Wir müssen in dieser Situation den Arbeitern zwei Dinge
offen sagen: Erstens, wir sind bereit, alles daran zu
setzen, dem unerträglichen Elend zu steuern. Die Arbeiter dür-
fen nach der Vereingung der Sozialistischen Parteien nicht
wieder enttäuscht werden. Wir müssen unsere ganze Stof-
kraft richten gegen die ungeliebte Preisentwicklung und die
zunehmende Arbeitslosigkeit.

Zweitens, müssen wir entsprechend politisch handeln,
um die ökonomische Entwicklung zu beeinflussen. Wir dür-
fen das nicht mit falschen Parolen und Platschrezepten tun.
Im Anfang der Revolution forderten die Kommunisten
eine Produktionskontrolle. Es war eine konsequente Forde-
rung. Aber noch konsequenter ist die jetzige Forderung nach der
Kontrolle der Preise. Wie will man Einfluss auf die Preise
gewinnen, wenn man keinen Einfluss auf die Produktion
hat? Vieles was uns drückt, ist

die Krise der gegenwärtigen Politik.
Die Schwerindustrie untergräbt durch ihre Handlungen und
ihre Propaganda den Kredit des deutschen Reiches. Sie
wehren gegen die Erfüllungspolitik, aber

der Vertrag Stinnes mit Rubersac
ist kapitalistische Erfüllungspolitik. Zwar
wird dadurch eine Annäherung zwischen Frankreich und
Deutschland erfolgen. Aber der Vertrag ist ein Ausfluß
kapitalistischer Machtspolitik und für die Beteiligten ein
glänzendes Geschäft. Rathenau wollte einen Vertrag mit
Einfluss und Kontrolle der Allgemeinheit, auch der Arbeiter,
schließen. Wir müssen jetzt fordern, daß eine Verrechnung
der Inflation und eine Schädigung der Allgemeinheit durch
eine Gewinnbekennerung vereitelt wird. Stinnes ist durch
diesen Vertrag die Möglichkeit gegeben, nicht nur große Pro-
fite zu erzielen, sondern auch einen großen Teil des deut-
schen Aktienbesitzes in seine Hand zu bekommen, wodurch
ein gewaltiges kapitalistisches Machtzentrum entsteht. Durch
die Weitererteilung der Aufträge wird

Stinnes Herr der deutschen Industrie.
Die in dem Vertrag enthaltene Klausel, Stinnes einen
Teil der Reparationskosten zurückzufahren, gibt Stinnes die
Möglichkeit, die nach Rußland verlangende Industrie so-
zusagen auszuhebeln. Es liegt Stinnes in der Stinnes'schen
Methode, durch Erringung wirtschaftlicher Machtpositionen
auch die Politik der Regierung zu bestimmen. Nur deshalb
kann Stinnes Macht erringen, weil die Erfüllungspolitik
ihm die Möglichkeit dazu gibt. Stinnes müht seine wirt-
schaftliche Macht in politische um und sein Kampf gegen die
Regierung dient nur dem Zweck, sich politische Macht zu ver-
schaffen. Ein mächtiger Konzern will heute vom Staate frei
sein, nicht etwa im alten manchesterlichen Sinne, sondern
in dem Staat beherrschen zu können. Der Boden
der demokratischen Republik ist daher heute mehr als je
verletzt, um der kapitalistischen Konzentration eine Kon-
zentration der Volkskräfte entgegenzustellen. Stinnes plant
Wirtschaftsprovinzen frei von staatlicher Kontrolle zu schaf-
fen, acht darauf aus, die Konzernne allmächtig werden zu
lassen. Wir müssen verlangen, daß die Gewerkschaften
haben an dem Abschluß des Wiederanbauvertrages. Ferner-
hin muß gefordert werden, daß Lieferungsverträge ab-
geschlossen werden zwischen dem französischen Arbeiter-
komitee und den deutschen sozialen Baubetrieben.

Das Abkommen mit Belgien
ist ein Erfolg der Erfüllungspolitik. Eine, wenn auch un-
zureichende Kompensierung ist geschaffen. Notwendig ist aber
fernerhin die Gewährung einer internationalen Kautschuk-
Die kommende Finanzkonferenz muß etwas Durchgreifendes
tun, um den Verfall eines wichtigen Gliedes der Weltwirt-
schaft anzuhalten.

Der große Irrtum des Versailler Vertrages,
etwa wie aus einer Naturalwirtschaft herauszuholen, muß
revidiert werden. Die Bestimmungen des Versailler Ver-
trages führen zu einer ökonomischen Krise in den Entente-
ländern. Es gibt Kapitalistenkreise, die beweisen wollen, daß
die deutsche Markterweiterung den Weg der ökonomischen
Krisis bedeute. Eine solche Entwicklung ist meines Erachtens
nach nicht möglich, weil in Deutschland andere Verhältnisse
als in Oesterreich sind. Wir müssen durchgreifende Maß-
nahmen jetzt vornehmen, da die Kapitalnot einen außeror-
dentlich hohen Umfang angenommen hat. Die Kapitalnot ist
nicht nur monetär verursacht durch die falsche Politik der
Kreditunternehmungen, die hohe Gewinne ausschütten,
günstige Bezugsrechte schaffen, anstatt für die notwendigen
Rücklagen zur Aufrechterhaltung und Vermehrung der Pro-
duktion zu sorgen.

Stabilisierung der Mark
Wir müssen angesichts des Moratoriums ver-
langen, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, eine Stäb-
aktion der Mark auszuführen. Kein Zaudern ist mehr am
Platz. Eine so geschehliche Stimmung wie jetzt hat es in
der Bevölkerung noch nicht gegeben. Nicht nur die Arbeiter-
klasse, auch der Mittelstand ist von Unruhe und auch von
Notlosigkeit ergriffen. Wir können heute noch alles aus-
bringen, eine Stabilisierung der Mark zu ermöglichen, indem
die erforderlichen Maßnahmen durchgeführt werden. Das
Nebeneinanderarbeiten der Reichsministerien muß aufhören,
die Systemlosigkeit verschwinden. Den Anfang müssen wir
machen mit der Änderung der Währungs- und Wirt-
schafts- und Finanzpolitik. Unsere Aufgabe ist es, diese
Weg zu beschreiten. Dann werden wir nicht mehr den
Kampf gegen das Elend führen müssen, sondern für den Auf-
stieg die Bahn frei machen. (Großer Beifall.)

Nachmittagsführung
In der
Aussprache über die Referate

Kritisierte Genosse D. Buch aus Düsseldorf die Haltung der
Reichstagsfraktion. Er müsse erinnern an die Taten der
SPD gegen die Arbeiter in den Jahren 1919 und 1920. Die
Reichstagsfraktion habe nicht verstanden, im Rahmen des
Leipziger Manifestes zu handeln. Er

rät die Unterstüßung des Kabinetts Birck
über das notwendige Maß hinaus. Ferner das Verhalten der
13 Abgeordneten und die Abstimmung von der Auflösung
des Reichstages. Er bezeichnet diese Handlungen als Selbst-

aufgabe der Partei. Die Fraktion verdiene nicht die An-
erkennung im Einklang mit unseren Grundgedanken Politik
betrieben zu haben.

Im folgend Genosse D. Buchmann-Stuttgart. Er verweist
den Hinweis, welche Kampfmittel zur Erreichung unserer
Forderungen anzuwenden sind. Wir müssen besonders auf
wirtschaftlichem Gebiet unsere ganze Kraft entfalten.

Unser Kampf gegen die Reaktion
war von einem R. I. e. r. s. o. l. g. begleitet. Er erinnert an das
Verhalten nach dem Rathenauverbot und an den Bayerischen
Konflikt. Die Gewerkschaftsforderungen sind gestellt, aber
noch nicht erfüllt. Was soll geschehen? Wir wollen an-
worten: Wir müssen uns klar sein, daß alles erkämpft werden
muß. Im Kampf werden wir die Kraft heigern.

Genosse P. a. p. p. e. n. h. e. i. m. Schmalladen bezeichnet Silber-
ding's und D. Buchmann's Reden als eine Anklage gegen die
kapitalistische Gesellschaft und fragte, warum die Regierung
von uns noch unterstützt werde, wo sie in- und außenpolitisch
verlagert habe.

Zur Geschäftsordnung verweist Genosse D. Buchmann-Düssel-
dorf eine Debatte über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion
im Hinblick auf die Grundzüge des Aktionspro-
gramms vom Jahre 1919 zuzulassen. Vorsitzender Ditt-
mann wendet sich dagegen, da bei der Frage der Einigung
dieser Punkt zur Geltung käme.

Genossin Steigler-Beilbrunn tritt für die härtere Ver-
anziehung der Frau auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung
ein. Wir haben im Parlament unsere ganze Kraft aufge-
wandt, den Kriegs- und Sozialrentner zu helfen. Offen-
sichtlich sehen sie auch ein, daß nur die sozialistischen Vertreter
ihre Interessen am wirksamsten vertreten. Die U.S.P. kann
und muß für die Opfer des Krieges und der heutigen Gesell-
schaftsordnung das denkbar möglichste herausholen. (Beifall.)
Den

Bericht der Mandatsprüfungskommission
erhältet der Genosse Kinkel-Göppingen. Von den 207
verteilten Mandaten haben die Bezirke auf 15 Sige Bericht
geleitet. Davon entfallen 8 Vertreter auf den Bezirk Nie-
derrhein, 5 auf Bremen, je einer auf das westliche Westfalen
und Braunschweig. Es sind anwesend: 192 stimmberechtigte
Delegierte, darunter 16 Genossinnen, 27 Mitglieder der drei
zentralen Körperlichkeiten, 9 Delegierte der Reichstagsfrak-
tion, 9 nichtdelegierte Mitglieder derselben, 8 ausländische
Gäste, 1 Gast aus der Pfalz, 3 Vertreter der SPD, insgesamt
247 Teilnehmer, darunter 41 Mitglieder der Reichstagsfrak-
tion.

Genke-Berlin beschäftigt sich mit den Gegnern der
Fraktion. D. Buch habe keinen Beweis für seine Behaup-
tungen über den Stillstand der Partei erbracht. Die Reichs-
tagsauflösung wäre von den Gegnern begrüßt worden. In
der kommenden Zeit wird die Auflösung jedenfalls aussichts-
reicher sein.

Genosse Dr. Leon glaubt, die bevorstehende Einigungs-
frage trage dazu bei, über das Morgen in der Politik eine
gewisse Klarheit zu schaffen. Unsere Haltung in der Ge-
treidemenge und zur Reichstagsauflösung war richtig.
Wir dürfen nicht nur die Deutung bekämpfen, sondern
müssen den Kleinbauern im Geistes zum Großbauern und
im Interesse der Konjunktur helfen. Er lenkt dann die
Aufmerksamkeit auf den wachsenden industriellen Proletari-
at. Die kapitalistische Macht wächst über die Staats-
grenzen hinaus. So muß auch die Arbeiterklasse ihren
Klassenkampf auf freies internationales Feld hinaustragen.
(Beifall.)

Genosse Rosenfeld-Berlin geht auf die Worte des
Genossen Leon ein. Wir müssen die Kommunisten sachlich
beurteilen. Die Kritik wegen der Getreidemenge ist nicht
gerechtfertigt, jedoch liegt bei der Beurteilung des Schu-
bgesetzes Grund zur Kritik vor. Das Schubschreiben wurde
angewandt gegen Ruß. Man konnte und mußte das voraus-
sehen und somit das Schubschreiben ablehnen. Ein Maßnahm-
zum Schutz der Republik wäre von der Arbeiterschaft ge-
schlossen und mit Erfolg geführt worden. Wenn die U.S.P.
die Auflösung des Reichstages verlangt hätte, so wäre der
ADGB und der ASB, damit einverstanden gewesen. Der
Beifall der Reichstagsfraktion war ein Abweichen von den
programmatischen Beschlüssen von Leipzig. (Teilw. Beifall.)

Genosse Dr. Herz im Schlusswort

verteidigt die Haltung der Reichstagsfraktion gegen die Vor-
würfe über ihre Haltung bei der Getreidemenge. Wir
haben herausgeholt, was wir in der damaligen Situation
herausholen konnten. Innerhalb der Fraktion ist bei der
Endabstimmung über die Getreidemenge ein stimmig
dem Bericht zustimmend worden. Der Preis ist durch
die Umlage stabil geblieben. Das wäre nicht der Fall ge-
wesen, wenn die Preise sich den freien Marktpreisen an-
angepaßt hätten. Die Anwesenheit des Genossen Leon über die
Stellungsnahme zu den Bauern müsse ernsthaft diskutiert
werden.

Die Schaffung eines Agrarprogramms,
das klar unsere durchaus nicht feindliche Stellungnahme
gegen die Landwirtschaft erkennen läßt, ist gerade während
dieser Ernährungsnot dringend notwendig. Wir müssen
ferner danach trachten, die Landarbeiterschaft der proletari-
schen Bewegung anzuführen und zu erhalten. An Bezug
auf die Ausführunge Rosenfelds ist zu bemerken, daß
solange nicht die Einigkeit der sozialistischen Parteien voll-
endet war, ein Maßnahm schwer zu führen gewesen sei.
Die Gewerkschaften haben außerdem erklärt, ihnen sei die
Reichstagsauflösung zurzeit nicht genehm. Das Bayern
angeht, so sei er mit der weichen realpolitischen Haltung
gegen Bayern einverstanden. Dadurch sei die bayerische
Reaktion isoliert worden. Auf ungewisse Kampfmittel
dürfte man sich nicht verlassen. Ausschlaggebend ist ferner,
daß nur Kampfmittel in Anwendung gebracht wurden, mit
denen die bayerische Arbeiterschaft selbst einverstanden ge-
wesen sei. Die Vorwürfe gegen die Fraktion seien also
nicht am Platz. Was

die Haltung zu der SPD,
anbelangend, so hätte nie ein Geistes auf den kommunistischen
Arbeitern behanden, sondern nur an den Führern, die nicht
das Mindestmaß von Verantwortlichkeit besäßen. Wir
müssen in der neuen Partei unsere Grundzüge aufrecht-
erhalten, dann setzen wir uns durch und erreichen auch das
für den Sieg des Sozialismus Notwendige. (Starker
Beifall.)

Genosse Dr. Moses (Schlusswort):
Kritik muß sein, das ist Lebenselement. Aber sie muß
das Richtige treffen. Im Parlament sind wir eine Minder-
heit und sind selbst nicht mit dem Erreichten zufrieden.
Rosenfeld fordert Aktionen, sagt aber nicht, wie er sie sich
denkt. Ein Generalkrieg ist nicht das letzte Mittel, es kann
unabwendbar die Gesamtbevölkerung folsen. Man muß da
sehr ernst prüfen und hohes Verantwortlichkeitsgefühl haben.
Wir können nur kämpfen, wenn die Massen hinter uns
stehen, vor allem auch die Frauen. — Es folgt eine Reihe
persönlicher Bemerkungen.

Die Entschlebung Silberding-Bern wird einstimmig an-
genommen (siehe Beilage 2. Seite). Der Vorsitzende teilt
mit, daß noch ein Bezirksmandatskongress von der ungar-
ischen sozialistischen Emigrantenrunde in Wien und ein
weiteres Telegramm der emigrierten unabhängigen Arbeiter-
partei eingegangen sind. Darauf erfolgt Schluss der Sitzung.

Einigungsfundgebung in Augsburg

Einstimmige Zustimmung zum Aktionsprogramm

(Eigenbericht der „Freiheit“.)

Augsburg, 21. September.

Pünktlicher als sonst fanden sich heute morgen die Delegierten ein, denn jeder wußte, daß eine für die Arbeiterbewegung geschichtlich bedeutsame Sitzung bevorstand. Keiner wollte hier fehlen. Weis sprach über die Internationale und die Einigung. Der ganze Parteitag stand im Banne seiner Ausführungen. Zweifellos hatte Weis eine sehr gute Stunde. Der erste Teil seiner Rede war eine höchst wirkungsvolle Abrechnung mit den Kommunisten. Gut geprägte, schlagkräftige Formulierungen brachten das wesentliche der heutigen kommunistischen Bewegung zum deutlichen Bewußtsein. Nicht nur die baltische Wurzel des Kommunismus wurde überzeugend aufgedeckt, sondern darüber hinaus wurde schonungslos ausgesprochen, daß der Kommunismus heute nur noch eines der Machtmittel russischer Außenpolitik, daß die 3. Internationale der Propagandaapparat des russischen Imperialismus ist. Weis wußte Weis zu schildern, wie die 3. Internationale, indem sie die proletarischen Parteien überall spaltete, die Arbeiterschaft aller Länder zur politischen Ohnmacht verurteilte, und mit Bezugnahme auf die schrecklichen Erscheinungsformen der russischen Hungersnot brachte er seine Anklagen gegen den Kommunismus in die Formel zusammen: **W o m K o m m u n i s m u s ü b e r d e n K a p i t a l i s m u s z u m K a p i t a l i s m u s.** Weis unterließ es, die Erinnerung an die verflochtenen häufig so feindseligen Beziehungen zwischen den beiden sozialistischen Parteien wachzurufen. Er brachte nur da und dort vorsichtige Andeutungen des Vergangenen, aber in der Absicht, zum Bewußtsein, daß Wunden und Narben vorhanden sind. Trotz aller Wunden und Narben aber, das klang als Untergrund aus den Weis'schen Worten, muß die Einigung erfolgen aus gebieterischer sachlicher Notwendigkeit. Keine bitteren Erinnerungen sollen das Einigungswerk mehr hindern dürfen, ebensowenig aber irgend welche theoretischen Bedenkslichkeiten. Mag das Aktionsprogramm auch Fehler haben, meinte Weis, man nehme sie gern in Kauf, wenn nur die Einigung gelingt. Weis will die Einigung durch Cunow ebensowenig stören lassen wie durch Ledebour. Die Anerkennung, die Weis dem Geist der Kameradschaft in der alten Partei zollte, war offenbar als Mahnung an die unabhängigen Genossen gedacht, den gleichen kameradschaftlichen Geist in der neuen Partei zu pflegen. Weis beendet seine Darlegungen unter dem jubelnden Beifall des Parteitags. Der Eindruck war so stark, daß der Parteitag keine Debatte zuließ, obschon sich selbst Hermann Müller dafür ausgesprochen hatte. Einstimmig wurde das Aktionsprogramm, die Organisationsrichtlinien angenommen. Es war unverkennbar der Wille des Parteitags, alles zu tun, die Einigung bald zur vollzogenen Tatsache zu machen. Nach diesen bedeutsamen Abstimmungen war die Aufmerksamkeit des Parteitages augenscheinlich erschöpft. Darunter litt das gute Referat des Reichstagsabgeordneten Reiche über die politische und soziale Stellung der Frau, das der Parteitag noch entgegennahm.

(Vierter Verhandlungstag.)

Augsburg, 21. September. (Eigener Drahtbericht.)

Vorsitzender Weis eröffnet um 1/4 Uhr die Verhandlungen. Er verliest zunächst einen Brief, der unter dem 16. September 1922 von der sozialdemokratischen Partei Frankreichs an den Parteitag gerichtet wurde. Hierauf erteilt der Vorsitzende Simon dem Genossen Weis das Wort zu seinem Referat über

Die Internationale und die Einigung des Proletariats

Ueber allen Bruderkämpfen lag die große Sehnsucht der Arbeiterklasse nach Wiederherstellung ihrer Einheit. So groß ist diese Sehnsucht, daß sie in demagogischer Weise noch heute unter dem Wechsel nach Vertreibung der Einheitsfront als Mittel zur weiteren Revolutionsarbeit benutzt wird. Der Kampf um die Eroberung der politischen Macht und die Eroberung der Staatsgewalt rief das Trennende in der Ersten Internationale hervor. Das ist die Wurzel des Streites, das ist der Inhalt

des Kampfes zwischen Bakunin und Marx,

anarchismandividualistisch oder sozialdemokratisch, bakunistisch oder marxistisch, das ist für die deutsche, für die internationale Arbeiterbewegung die große Frage der Gegenwart und der Zukunft. Zwischen ihnen ist ein Ausweichen nicht möglich.

Kaum war das Norden zu Ende, viel früher, als es der blühende Optimismus annehmen konnte, fand sich die Internationale in jener Laagna im Jahre 1919 in Bern zusammen. Nichts ist über die Demokratie fährten zwar nicht zur völligen Hebereikeinigung der Auffassungen, die

Frage der Diktatur des Proletariats,

die unsere Vorkämpfer immer nur im Sinne des Majoritätsprinzips betont, spielten in die Debatte über jene grundsätzliche Resolution hinein. Mit überreicher Mehrheit aber fand sie Annahme und man verständigte sich auf Einberufung eines allgemeinen sozialistischen Kongresses in kürzester Frist. Es folgte die Konferenz in Amsterdam, die zu dem bevorstehenden Friedensvertrag Stellung nahm, die Konferenz in Luzern und die allbekannte Zusammenkunft in Genf. Leider war zwischen der Luzerner und der Genfer Konferenz der Gegensatz in den sozialistischen Parteien, die sich im Kampf gegen die Moskauer Internationale befanden, doch so stark, daß sie zur Gründung der Wiener Arbeitsgemeinschaft führten, die als prinzipielles und tatsächliches Mittelstadium zwischen der Zweiten und Dritten Internationale sich erklärte. Die innere politische Zusammenarbeit der deutschen Sozialdemokratie mit den übrigen Parteien der Zweiten Internationale vermochte diese Gründung nicht zu erschüttern und weil in Genf der Sitz des Internationalen Büros von Brüssel nach London verlegt wurde, haben sich diese Beziehungen immer inniger und herzlicher gestaltet. (Brava!) Das enge Zusammenarbeiten hat zu dem steigenden Verständnis für die Lage der deutschen Arbeiter innerhalb der englischen Arbeiterklasse beigetragen

und der gemeinsame Kampf gegen die Folgen des Versailler Vertrages hat zu einer Einheitlichkeit der Auffassungen geführt, die sich entsprechend der Stärke der Parteien auch im öffentlichen politischen Leben, insbesondere Englands durchsetzen vermochten. Wir danken es der englischen Arbeiterpartei, daß sie unausgesetzt bemüht war, auch die Fäden zur Wiener Arbeitsgemeinschaft und den ihr angeschlossenen Sektionen immer wieder anzuknüpfen.

Der Vorwurf der Antirussien kann gegen die Zweite Internationale nicht erhoben werden. Er fällt in sich zusammen, wenn man daran denkt, daß zu jener Konferenz in Frankfurt nicht nur die sozialistischen Parteien Englands, Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Italiens geladen waren, sondern daß auch die kommunistischen Parteien die Einladung zur Teilnahme erhalten haben. Sie sind freilich nicht erschienen, sie, die beäugelten Axt der Einheitsfront des klassenbewußten Proletariats. Erst später vollzog sich plötzlich, über Nacht, eine Schwemmland, die „Note Rabane“ war von einem Genossen der internationalen Arbeiterpartei zu einem Anhänger geworden. Neue Anweisungen aus Moskau brachten den Befehl und so veröffentlichte die „Note Rabane“, dem Antrag der Zentrale der deutschen A.P.D. unverzüglich eine internationale Einheitsfront zu schaffen. Wir kennen jenen Brief Rabanes. Er ist ein Dokument für die

Unschicklichkeit der neuen kommunistischen Politik.

Die Verhandlungen gegen die Sozialrevolutionäre brachten den Beweis, daß man insbesondere in Moskau nicht daran denkt, die in den anderen Ländern geforderte Einheitsfront mit der Sozialdemokratie auch auf die Menschewisten und Sozialrevolutionäre auszuweiten.

Der Vorwurf der Zweiten Internationale ist ein heftiger gewesen: aus dem Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber der Arbeiterklasse erwog der Beschluß, einen internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongress nach Hamburg einzuberufen. Dieser Beschluß wurde in Bragg aufgeschoben. Die Antirussener Gewerkschaftsinternationale lud dann — sie land bei diesen keinen Widerspruch mehr — nach dem Worte an Rathenau die Vertreter von London, Wien und Bern zur gemeinsamen Vorbereitung ein. Rot und Gefahren der Deutschen Republik führten auf einem Manifest, das die Arbeiter in der Welt aufriefen.

Der Bedrohung der deutschen Demokratie

durch die Politik der Repressalien entgegenzuwirken. Eine Kommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands soll die Grundlagen bearbeiten für einen Frieden, nach sozialistischen Gesichtspunkten. Sie wird einer erneuten Tagung der drei Erklären Bericht erhalten und bei dieser Tagung wird die Einberufung eines Weltkongresses zur Förderung der aufgestellten Richtlinien beschlossen werden.

Die Dritte Internationale ist keine Internationale die in Vergleich zu stellen ist mit der von London, Wien oder Amsterdam. (Sehr richtig!) Die Dritte Internationale ist ein Instrument des russischen Nationalismus

geworden, der Kommunismus ist das hervorragende Mittel der russischen Außenpolitik. Die Dritte Internationale benutzte den Kommunismus u. a. dazu, die inneren Verhältnisse anderer Staaten zu zermürben. Sie hat ihn dadurch gerade so, wie die Diktatur einstmal den Absolutismus, in den Dienst der äußeren Politik gestellt. (Sehr wahr!) Die katastrophale Entwicklung der Volkswirtschaft vom Anarchismus zum Imperialismus und zum Despotismus, zum Militarismus, ist ihre eigene Sache. Aber vorwiegend müssen wir uns die Summe, daß nun auch wir nach der neuen russischen Willkür marshallieren sollen. (Sehr gut!)

Wir wehren uns gegen das Mittel der Außenpolitik Russlands, Kommunismus genannt, das Deutschland zu einem außenpolitischen Instrument zu machen bestimmt ist. Deshalb sagen wir, daß es eine Lüge ist, wenn man das Wort „Dritte Internationale“ mit Vorkommen in die Welt trompetet, wo man einfach Großmacht Ruhm und Glorie sucht. Gewiß gibt es unter den kommunistischen Arbeitern wenige, die diesen Zusammenhang erkennen. Die ganze Dritte Internationale ist nichts anderes als der Propagandaapparat des russischen Reiches, der seine Kräfte in den Händen unter dem Deckmantel der kommunistischen Partei hat.

Nach mache den heutigen russischen Gewalttätern aus diesen, durch ein spezifisch russisches Interesse diktierte Maßnahmen ihrer äußeren Politik keinen Vorwurf. Das Bündnis zwischen der reaktionären Regierung von Auropa und den Bolschewiki zeigt, daß das kommunistische Russland sich seine Mitkämpfer nicht nach dem ausschließlichen Glaubensbekenntnis aussucht, sondern wie jeder andere Staat nach außenpolitischen Machtbedürfnissen. Als frage unsere Kommunisten: Ist es nicht ein besonders merkwürdiges Widersprechen in ihrem radikalen Katechismus, daß innerpolitische Koalitionskriterien eine Sünde wider den heiligen Geist ist, daß außenpolitisch aber die Koalition mit dem reaktionären Staatwesen der Welt erlaubt ist? Ach will heute nicht auf den Broch gegen die Sozialrevolutionäre eingehen. Er bleibt ein Schandmal für die russischen Gewalttäter. Er legt an die Stelle der Todesurteile Körperliche und seelische Folter! Arde, Freiheit und Brot, das war die Parole der Sowjetregierung.

Rußland nicht von Bolschewismus, über den Kautskalismus zum Kapitalismus zurück.

Das ist die fürchterliche Aufgabe, die wir erheben vor der internationalen Arbeiterklasse, die wir erheben dürfen mit doppelter Schärfe, denn wir sehen dieselbe Regierung in der Welt sammelt für die hungersenden Massen verankerten, Hunderte von Millionen und abermals Millionen ins Ausland senden für ihre außenpolitischen Zwecke, die sie verfolgt. Durch Vertreibung der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften und durch die Korruption der Arbeiterklasse. (Sehr richtig! und handstreichend.)

Ich bedaure die Zeit nicht, die wir in den Verhandlungen mit den Kommunisten zugebracht haben, ebenso wie die Lehre nach dem Worte an Rathenau, denn sie brachte endlich der Internationale und den deutschen Arbeitern Klarheit, die Erkenntnis von der

Notwendigkeit der Einigung

zwischen den sozialistischen Parteien. Die praktischen Notwendigkeiten sind es, die uns zur Einigung bringen. Es klingt sonderbar, wenn Ledebour und Rosenfeld in Zeitungsartikeln und Versammlungen die Einigung als verfrüht bezeichnen. (Hört, hört!) Genkt nicht ein Blick auf die Wunden, aus denen das europäische Proletariat blutet, solche Aussprüche mit aller Schärfe zurückzuweisen.

Wir wollen die Einigung.

wir wollen die Wiederherstellung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in ihrer Einheit und Geschlossenheit, die sie groß und stark gemacht hat. (Fortgelekte lebhafteste Zwischenrufe!) Das Vergangene liegt hinter uns, wir müssen für die Zukunft vorwärts! (Lebhafter Beifall.)

Ueber unseren Veratungen schwebt

der Geist des Handelns und der Wille zur Einheit.

Wir brauchen die Gründe, die die Unabhängigen mit zur Vereiniung brachten, nicht zu prüfen. Wir müssen Sorge tragen, daß aus dem Zusammenschluß eine neue Werkkraft erwächst. Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Aktionsprogramm und den Abmachungen zu. Rufen wir uns für den gemeinsamen Kongress in Nürnberg. Nur ein Ruf geht wieder durch Deutschland: „Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!“ (Lebhafter Beifall.) — Es wäre politisch nicht richtig, wenn wir verschweigen wollten, daß bei uns wie auch bei den Unabhängigen sich heute noch Genossen der Einigung befinden. Das Vergangene muß verassen werden, sonst kommen wir niemals zur Einigung. Davon muß die Zukunft uns bewahren, daß die inneren Kräfte der geeinten Partei, die inneren Auseinandersetzungen über die Taktik nicht zerstreuen. Wir brauchen notwendig eine ausschließlich über einigende Partei, weil nur diese wahrhaftig aktionsfähig gegenüber dem abschließenden Meer unserer Genossen ist.

Nach kann mich nicht zu der Auffassung bekennen, die in der neuesten Zeit zur Einigungsfrage ausgesprochen worden ist. Mir scheint die einseitigste

Konsequenz aus der Cunow'schen Auffassung.

die Furcht vor der Verstärkung unserer Reichstagsfraktion von 100 auf 180 Mandate, die Furcht vor der eigenen Kurage zu sein. Bei den Unabhängigen ist es Ledebour, der der Einigung sein Verständnis entgegenzubringen imstande ist, aber wen sollte das wundern, der Ledebour kennt. Wo sind die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der Unabhängigen und uns in Wahrheit vorhanden?

Reform oder Revolution!

Wieviel Tintenläser sind nicht schon geleert und wie viel Worte schon veripirt worden um diese Worte, als wir in der geeinten Partei waren! Reformen und Revolution sind nicht Gegensätze in ihrem Wesen, sondern nur in ihren Folgen. Revolution hat mit Gewalt nichts zu tun. Sie kann notwendig sein, aber sie braucht es nicht. Die Revolution braucht die Gewalt überhört nicht so notwendig wie die Reaktion, die sich allein darauf stützt. Die Massen müssen wir gewinnen. (Lebhafter Beifall.) Eines glaube ich aussprechen zu müssen: Wir hätten die vergangene furchtbare schwere Zeit nicht überleben können ohne den Geist treuer Kameradschaft.

Die innere Haltung belebt uns wohl alle, daß aus der Einigung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei die Einigung der Internationale,

die sich zu den Grundfragen der Vereinten Partei bekennen, sich erheben wird. Dem Kapitalismus gilt unser Kampf, den Kapitalismus niederzuringen die größte historische Aufgabe der Arbeiterklasse. Wir werden sie erfüllen, allen Widerständen zum Trotz, trotz allem und allem. Langanhaltender kämpflicher, fortgesetzt wiederholter Beifall.

Bei der Eröffnung der Diskussion gab es

eine Heberausung.

Vori. Simon erteilt Kranold-Hannover das Wort. Sofort erhebt sich fürchterlicher Widerspruch und Rufe „Keine Diskussion!“ werden laut. Kranold kann sich nicht verständlich machen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Vorhandlungslieber Otto Weis und Hermann Müller machen auf die geschäftsmäßige Unzulässigkeit dieses Verfahrens aufmerksam, aber ihr Appell verhallt unehört. Der Parteitag ist von der Rede Otto Weis so begeistert, daß er den Eindruck durch keine Diskussion abschwächen lassen will und scheint im übrigen der Meinung zu sein, daß jetzt genug über die Einigung geredet worden ist, daß jetzt gebündelt werden muß. Ein Antrag Ewald-Blefeld auf Schluß der Debatte wird abermals mit großer Mehrheit angenommen. (Sehr richtig!) Bei der Eröffnung der Diskussion gab es

Abstimmung über die Anträge zur Einigung.

Einstimmige Annahme finden das Aktionsprogramm und die zwischen den beiden Parteileitungen getroffenen Vereinbarungen über die technischen Einzelheiten der Vereiniung. (Lebhafter Beifall und Handstreichend.)

Angenommen wird ferner ein Antrag Hamburg, der den Parteivorstand beauftragt, im Interesse des Aufehens und der Werkkraft der Partei jedes Zusammengehen mit der A.P.D. abzulehnen, solange diese Partei sich nicht bereit findet, sich für die Erhaltung der Republik einzusetzen und auf jede unechliche Auseinandersetzung mit den übrigen sozialistischen Parteien zu verzichten.

Au die Programmkommission

wurden gewählt die Genossen Eduard Bernheim, Dr. Adolf Braun, Heuterich-Hamburg, Rolfenbush (Parteiortstand), Müller-Potsdam, Toni Wälf, Dr. Quarf-Frankfurt a. M., Stampfer und Ströbel.

Für die Stenogrammkommission

wurden folgende Genossen bestimmt: Scholl-Breslau, Bogel-Nürnberg, Verwid-Kiel, Nibbe-Frankfurt a. M., Müller-Chemnitz, Bau-Hannover, Hahn-Mannheim, Lind-Dortmund.

Nach einigen kurzen geschäftlichen Mitteilungen erhält dann das Wort die Genossin Reiche-Hamburg zum Referat über

„Die Sozialdemokratie im Kampf um die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau.“

Der Sozialdemokratie gebührt das Verdienst, durch unermüdete Auffklärungsbarbeit den Boden bereitet zu haben, auf dem das Weimarer Verfassungswerk geschaffen werden konnte, seinen Grundgedanken die politische Gleichberechtigung der Geschlechter gewährlich.

Eine Reform des Eherechts

steht bevor. Einer dringenden Reform bedarf die Umgestaltung des Scheidungsactes.

Um die Regelung der Rechtsverhältnisse des unehelichen Kindes wird noch hart gekämpft werden müssen.

Unser soziales Wirken wird durch

die finanzielle Notlage des Reiches

sehr beschränkt. So bleibt uns nichts anderes übrig als ausgleichend zu wirken. Eine kritische Würdigung unserer Arbeit kann uns nur willkommen sein. Dabei sind wir uns immer bewußt, daß die Erfolge unserer Arbeit die ärmeren nicht ganz befriedigen werden. Unseren Frauen und Mädchen aber rufen wir zu: Kommt zur Sozialdemokratie! (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

In der Debatte forderte Frau Jundel-Neutlingen eine bessere Ausbildung besonders unserer weiblichen Jugend. — Frau Jabe-Hamburg wünscht, daß überall darauf hingewirkt wird, daß die Frauen beruflich ausgebildet werden. — Frau Louise Schröder-Altona sagt, daß wir die Frauen zur Staatsbürgerin erziehen und sie über die Pflichten auflären müssen, die ihnen die Gesetze der Republik einräumen.

Um 1 Uhr schließt Genosse Weis die Verhandlungen, die wegen eines am Nachmittag stattfindenden Ausfluges auf Freitag vorm. 9 Uhr vertagt werden.

Noch ein Aufbaupertrag

Einigen Blättern ist der Bericht über ein neues deutsch-französisches privates Wiederaufbaupertrag zugewandert, das zwischen der „Chambre Syndicale des Constructeurs en Ciment Armé“ und der „Lehrer von Stimmens-Bereinigter Baustoffindustrie“ abgeschlossen wurde. Der französische Gruppe sollen 88 der bedeutendsten Bauunternehmergruppen angehören; die deutsche Gesellschaft ist in Fachkreisen gänzlich unbekannt, es scheint sich um eine Neugründung zu handeln. Aus den Abmachungen ist folgendes zu entnehmen:

1. Die Deutsche Gesellschaft übernimmt die Beschaffung der gesamten Baumaterialien, sowohl auf Grund des Sachlieferungsabkommens vom 22. April, als auch im freien Handel zusammen mit einer Anzahl westdeutscher baustoffherstellender Firmen.

2. Die Deutsche Gesellschaft übernimmt die deutsche Rolle eines in dem Accord Gillet vorgezeichneten Mandatars, dem es insonderheit obliegt, die gesamten deutschen Formalitäten des Sachlieferungsabkommens zu erledigen. Der französische Unternehmerverband ändert zu diesem Zweck eine besondere Baumaterialbeschaffungsgesellschaft, die als französischer Mandatar tritt.

3. Der französische Unternehmerverband verpflichtet sich, alle ihm im zerstörten Gebiet übertragenen Arbeiten mit deutschen und internationalen Unternehmergruppen auszuführen. — Die Deutsche Gesellschaft übernimmt es durch die ihr angeschlossenen Bauunternehmer unter Führung der „Abau“, Industrie-Tief- und Hochbau-A.-G. Düsseldorf mit der deutschen Bauindustrie in Verbindung zu treten, um die Grundlagen für die Bauausführungen festzusetzen. Die beiden Gruppen wählen eine gemeinschaftliche Arbeitskommission, die am 2. Oktober in Paris zusammentritt, um über alle einleitenden Maßnahmen für die Durchführung des Lieferungsabkommens im nächsten Frühjahr zu verhandeln.

Die französische Gruppe hat am 16. September ihrer Regierung von diesem Abkommen Mitteilung gemacht und die Zustimmung wirksamer Unterstützung erhalten. Soweit das im Stinnes-Lubetac-Vertrag vorgezeichnete Kohlenabkommen zur Durchführung aelanat, soll es auch dieser Gruppe anzuerte kommen.

Die deutsche Gruppe verpflichtet sich ebenfalls, den in Frage kommenden Berliner amtlichen Stellen hiervon Kenntnis zu geben, um auch von dieser Seite eine für die Durchführung nötige Unterstützung zu erbitten. Die Verhandlungen der französischen und deutschen Gruppe mit einem neutralen Finanzkonfitorium stehen vor ihrem unmittelbaren Abschluß.

Eine ganze Anzahl französischer Firmen haben für das nächste Jahr weils Ausführung der Bauten in Höhe von 336 Millionen Franz ihre Einzelverträge mit der Deutschen Gesellschaft abgeschlossen, damit die Vorbereitungen für die Materiallieferung, Einfuhr und Baustelleneinrichtung in die Wege geleitet werden können.

Der Bericht über das Abkommen schließt mit folgenden Worten:

Von ganz besonderer Wichtigkeit erscheint schließlich die Tatsache, daß das französische Wiederaufbauministerium einer Verwendung deutscher und internationaler Arbeiterkräfte bis zu 50 Prozent der Gesamtarbeiterzahl anerkennend hat. Es würde sich nach dem Stand der bereits in Ausführung begriffenen Arbeiten um ungefähr 150.000 Arbeiter handeln, und der neue Vertrag, dessen Vorarbeiten übrigens bis 1920, also vor das Nahe-nau-Abkommen zurückreichen, gewinnt damit auch besonders für den deutschen Arbeiter an Bedeutung.

Die letzten Ausführungen dieses Berichts können die Tatsachen nicht verschleiern, daß auch dieses Abkommen aus rein privatkapitalistischem Interesse zustande gekommen ist; der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete wird zum äußerst gewinnbringenden Geschäft gemacht, das Interesse der Allgemeinheit aber ausgeschaltet.

Es muß bei dieser Gelegenheit daran erinnert werden, daß die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien von Anfang an die Forderung vertreten haben, daß der Wiederaufbau als ein gemeinnütziges Unternehmen durchgeführt und daß der Arbeiterklasse eine weitestgehende Initiative und ein ausreichendes Kontrollmaß eingeräumt werde. Als durch Rathenau das Wiesbadener Sachlieferungsabkommen abgeschlossen wurde, da verlangten die deutschen Gewerkschaften von der Regierung ihre Eingliederung in die zu bildenden Organisationen, wo sie einen maßgebenden Einfluß auf die Erledigung der Sachlieferungen ausüben sollten. Die Regierung stimmte diesem Verlangen zu, es fanden langwierige Verhandlungen statt, die zwar nicht die gänzliche Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderung brachten, aber doch dazu führten, daß die Leitung des Lieferungsabkommens in allen Teilen zu je einem Drittel aus Vertretern der Unternehmerorganisationen, der Gewerkschaften und der Behörden gebildet werden sollte. Ihr sollte die Ueberwachung und Preisbildung der Sachlieferungen obliegen, sie sollte die Bildung eines unangemessen hohen Unternehmergewinns verhindern und die Durchführung der sozialpolitisch für die Arbeitnehmer notwendigen Bedingungen sichern.

Auf Betreiben französischer Kapitalisten, die bei den Stinnesleuten wirksame Unterstützung fanden, wurde das Wiesbadener Abkommen unwirksam gemacht und durch die Verträge Bormelmanns und Gillet ersetzt. Die deutsche Industrie war befriedigt, denn sie wollte den „freien“ Vertrag. Sie hatte den Anspruch der Gewerkschaften nach Mitwirkung in den Lieferungsabkommen bekämpft und war froh, durch den Bormelmanns- und Gillet-Vertrag um die Kontrolle ihrer Preissetzung und ihrer Gewinne herumgekommen zu sein. Die Gewerkschaften waren im Kampfe um die Kontrolle der Reparationsgewinne unterlegen. Nicht weil die deutsche Regierung dieser Forderung widersprach, sondern weil die Entente sich die ihr genehme Form erzwungen hatte. Die Gewerkschaften hatten alles getan, um die ursprünglich vereinbarten Ueberwachungsorgane des Wiesbadener Abkommens zu sichern und durchzuführen, die Macht der Entente war aber größer.

Auf dieser Grundlage ist nunmehr erst das Stinnes-Abkommen und jetzt der neue Aufbaupertrag abgeschlossen worden. Es wäre wohl nicht dazu gekommen, wenn die deutsche Arbeiterklasse größere Unterstützung bei den französischen Arbeitern gefunden hätte. Aber der Einfluß des französischen Proletariats auf die öffentlichen Angelegenheiten ist gering, die kommunistische Spaltungstaktik hat ihn noch weiter geschwächt. Wenn die Genossenschaften getrennt ihrer Aufgabe, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in allen Verhältnissen zu verbessern, auch bei den jetzt abgeschlossenen Privatverträgen die Interessen der Arbeiter vertreten, so erfüllen sie nur ihre Pflicht. Der kommunistischen Presse aber, in der ein wütendes Geschimpfe auf die Gewerkschaften angestimmt wird, muß gesagt werden, daß die kommunistische Spaltungs- und Zerstörungstaktik den größten Teil der Schuld daran trägt, daß das Kapital aus dem Wiederaufbau ein glänzendes Geschäft machen kann. Im übrigen könnten sich Stinnes und die Seinen darauf berufen, daß der französische Nationalismus nichts anderes tut, als der russische

Sowjetismus: Im Vertrag mit dem englischen Großkapitalisten Urquhart wird der russische Arbeiter zum willenlosen Werkzeug des Unternehmertums gemacht, werden die Arbeiterräte, diese angebliche Grundlage der Sowjetregierung, ganz ausgeschaltet!

Täuschung und Rückzug

Die vorzeitige Veröffentlichung des Beschlusses des Umlagepreisausschusses auf Verdoppelung der Umlagepreise für das erste Drittel hat begreiflicherweise ebenso die Absichten seiner agrarischen Urheber wie seiner ministeriellen Helfer gefördert. Beide waren zwar auf einen Widerstand gefaßt, hatten jedoch gehofft, ihn durch die Schaffung vollendeter Tatsachen überwinden zu können. Jetzt ist aber gerade das eingetreten, was sie vermeiden wollten. Die Öffentlichkeit wurde alarmiert, noch bevor der Beschluß greifbare Gestalt erhalten konnte. Nicht nur in den Kreisen der Arbeiterklasse, viel mehr noch in den großen Schichten des städtischen Mittelstandes und der Rentenempfänger ist eine starke Erregung entstanden. Sie ist die Ursache dafür, daß sich selbst ein Teil der bürgerlichen Presse gegen den Beschluß wendet, oder ihn harmlos auszulösen versucht.

Anscheinend auch auf Befehl der Pressestelle des Reichsernährungsministeriums, die freit mehr Zuneigung für die Unwahrheit als für die Wahrheit empfand, wird jetzt behauptet, daß der Ausschuss bereits einen bestimmten neuen Umlagepreis festgesetzt habe. Daß diese Ablehnung mit den Tatsachen im Widerspruch steht, hat der Artikel des Genossen Dersch deutlich gezeigt. Die von ihm errechneten Preise sind im Ausschuss von den agrarischen Mitgliedern bei der Begründung ihres nur für die Öffentlichkeit unklaren Antrags ausdrücklich erwähnt worden. Erst nachdem durch die Bekanntgabe dieser Zahlen volle Klarheit über die Tragweite des Antrags bestand, wurde abgestimmt. Hätte das Ernährungsministerium die Absicht gehabt, diesem Antrage nicht zu entsprechen, so hätte es dies wahrscheinlich ebenso zum Ausdruck gebracht wie seine ablehnende Haltung gegenüber anderen Vorschlägen. Ohne die vorzeitige Veröffentlichung dieser Absichten, daran ist gar kein Zweifel möglich, wäre also dem Beschlusse entsprochen worden, zumal andernfalls die Agrarier ihre Opposition gegen die Umlage mit Sicherheit unvermindert festgesetzt hätten. Auch das haben sie im Ausschuss erklärt.

Nach dreier aber ist der Versuch, zu betreiben, daß das Ernährungsministerium die Absicht gehabt hat, den Beschluß des Ausschusses ohne Befragung der gesetzgebenden Körperschaften lediglich durch eine Verwaltungsverordnung durchzuführen. Die Sitzung des Umlagepreisausschusses wurde von sehr bereits mit der Mitteilung eröffnet, er beabsichtige eine vom Ausschuss beschlossene Preiserhöhung sofort zu verwirklichen. Und zwar durch eine Anordnung an die Reichsgüterkasselle, die erhöhten Preise sofort auszugeben. Die Zustimmung des Reichstags werde er nachträglich einholen. Daher wurde natürlich auch eine in der Debatte gestellte Anregung, den Landwirtschaftsminister um Umlage-Betriebe vorläufig nur Vorschüsse auf die von den gesetzgebenden Körperschaften zu beschließenden höheren Preise zu zahlen, von den Agrariern abgelehnt. Ja man versuchte sogar noch weiter zu gehen und äußerte den Gedanken, die Preiserhöhung auf Grund einer Notverordnung aus dem Jahre 1918 anzuordnen und damit überhaupt der Beschlussfassung des Reichstags zu entziehen! Wegen des sofort erhobenen nachdrücklichen Widerstandes der sozialistischen Mitglieder wurde aber dieser Gedanke sofort fallen gelassen.

Kann man sich denn überhaupt bei der einseitigen Zusammensetzung dieses Ausschusses über solche Beschlüsse wundern? Der Reichstag hat neben den beiden sozialistischen Abgeordneten drei agrarische in den Ausschuss entsandt. Vertreter der Verbraucher sind unter

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(51. Fortsetzung.)

„Junger Mann,“ sagte der Direktor, „Methode ist alles. Was sind wir alle ohne Methode? Was ist all unser Denken und Fühlen ohne Methode? Sie ist das Alpha und Omega unseres Berufes. Und wenn Sie selbst keine Methode haben, werden Ihre Schüler ohne Methode bleiben und niemals in den richtigen Besitz eines Wissens kommen. Es wird im Leben nichts mit ihnen anzufangen sein. Sehen Sie, Sie haben vergessen, den Unterschied zwischen einem Eigenschafts- und einem Umstandswort klarzumachen, Sie begnügten sich einfach mit der Frage darnach — ganz richtig das eine Mal mit dem Verb — darum Adverb — und das andere Mal mit dem Substantiv — darum Adjektiv. Aber ich bitte Sie, das ist doch ein himmelweiter Unterschied! Dazwischen liegt doch eine Welt, wenn ich so sagen soll — Substantiv und Verb — Adjektiv und Adverb. Sehen Sie, das ist Methode.“

Der Direktor machte ein triumphierend-selbstgefälliges Gesicht, wippte mit dem Fuße, hielt die Augenbrauen hoch und schob mit einer großen Bewegung sein Notizbuch in die linke Brusttasche.

Philipp war unendlich belustigt, aber er spielte den Zerknirschten. Das stimmte den Direktor wohlwollend.

„Sie müssen noch viel lernen, Herr Kollege.“

Er schlug ihm gönnerhaft auf die Schulter.

„Wie weit sind Sie mit Ihren Studien für das pädagogische Examen?“

Philipp log: „Ich bin nun am Amos Comenius, Herr Direktor.“

Recht so, recht so. Wenn Sie irgend einen Rat und Material nötig haben, kommen Sie zu mir, sans façon et sans gêne. Sie müssen noch viel lernen.“

Dem Philipp war nun aller Spott vergangen. Dieser Ton kam ihm unerwartet. Wenn er wenigstens hätte schimpfen wollen! Nun aber so! Er schämte sich furchbar. Und daß er gelogen hatte! Und daß er so klein und nichtig war! Wenn auch die wichtige Miene

und die große Geste des Direktors seinen Sinn für das Komische reizten, er kam sich vor ihm nun doch erbärmlich und klein vor. Er stotterte etwas von Dank, und daß er gerne gelegentlich von der Liebeshwürdigkeit des Herrn Direktors Gebrauch machen wolle — und wurde nur verlegener und fixerrot dabei, wie sich die Worte so devot und förmlich geradezu von selbst ergaben. Als der Direktor fort war, stand er da wie ein begossener Pudel und sah in sein leeres Klassenzimmer. Dann ging er an das Fenster und blickte ins Land hinaus.

Graben und Hacken draußen, ein freier Herr auf freiem Boden, aber nur nicht diese Unterwürfigkeit und beschämende Bevormundung. Er dachte an den Spengler Schlüssel und seine Bücher. Wo war da Methode? Der nahm auf, wie es ihm geboten wurde. Und wenn er die Kollegen und den Direktor an dem maß, was war das für ein Unterschied! Wie klein erschienen ihm die gelehrten Herren alle, die so viel von sich hielten und so eng und verengert waren und so unpersonlich. Und darauf ging die ganze Schulerziehung hinaus, solche Menschen heranzubilden. Alles Lernen und Lehren, das war nur dazu da, Eiselsbrücken und Krüppelkrücken zu schaffen.

Aber war er denn selbst etwas anderes? Und war er denn selbst nicht auch wie sie, daß er diese Mittel notwendig hatte zum Fortkommen? —

Nun, darnach wollte er gar nicht fragen. Da tat sich ein ganzer Abgrund auf. Das wurde gleich ein Rattenkönig, der nicht zu entwirren war. Und ganz einerlei — er wehrte sich dagegen. Er wollte so nicht sein und so nicht werden. Und wenn es in alle Irren hinein ginge — er wollte sich nicht auf den sanktionierten Reisten schustern lassen.

Ja, aber wie denn? Mühte er's nicht?

Das war ihm dunkel und unbestimmt. Am Ende mußte er's auch wie diese Leute alle. Die waren auch einmal jung und aufstrebend gewesen — besser wie die, war er auch nicht — und nun war das aus ihnen geworden, was sie sind: Krippengänger.

Der Pedell kam: „Eine schöne Empfehlung vom

Herrn Direktor, und Sie möchten in der nächsten Pause ins Direktorzimmer kommen.“

Er dankte. Gleich darauf wurde das Glockenzeichen für die nächste Stunde gegeben.

In der Pause überreichte ihm der Direktor einen Neudruck des „Orbis pictus“ von Comenius.

„Studieren Sie das eifrig und gewissenhaft — es wird Ihnen für Ihr Examen und Ihren Unterricht nützlich sein.“

„Die schönste ist das gerade nicht,“ sagte der Philipp, der, durch seine Herkunft beeinflusst, immer mit den Schwächeren sympathisierte und für sie Partei ergriß.

„Es ist die einzige juristische Karriere momentan, in der man es noch zu etwas bringen kann. Ein sensationeller Prozeß — und man ist oben. Staatsanwalt, dann Oberstaatsanwalt — nur abschrecken darf man sich nicht lassen. Die Blätter mögen schreiben, was sie wollen, man muß nur sein Ziel fest im Auge behalten.“

„Hm, hm,“ machte der Philipp.

Der Mensch war ihm wie ein unappetitliches Amphibium. Klebrig, abstoßend, häßlich. Wenn er sein Bierglas ergriß, machte die Hand immer erst einen ganzen runden Bogen, dann herüber über den halben Tisch, — dann fakte er erst zu.

Das niedere Gastzimmer hatte nun eine stricke Atmosphäre bekommen. Rauch und Bierdunst. Der Polizeidiener trat ein und gebot Feierabend. Er wurde mit ein paar Glas abgeschickt. Aber bald danach erhob sich einer nach dem anderen. Der Dunkel Wolff schlief und proftete im Dufel, Georg der Eiserer knetete seine Hände und wälzte philosophische Gedanken in seinem Hirn, Hermann Eigner sah stramm und trank still, der kleine Meyer leerte noch tapfer ein Glas nach dem anderen, der reptilienhafte zukünftige Staatsanwalt empfahl sich mit ein paar edigen Blicklingen, die den Comment seiner Verbindung verrieten, Peter Vorberger aber schimpfte. Er schimpfte wie ein Berserker, und Hermann Eigner sagte beständig zu ihm: „Schimpf nur, Peterchen — jetzt drauf — jetzt drauf!“ (Fortsetzung folgt.)

anderem: ein Kommerzienrat und ein Landrat, die selbstverständlich mit den Agrariern gestimmt haben. Dazu kamen die Vertreter der Landwirtschaft: Männer der schärfsten Tonart, gefällige Gegner der Umlage, bereit, sie verteidigt mit jedem Mittel unumgänglich zu machen. Daß der bayerische Reichsratsvertreter sich auf einer Linie mit dieser Gesellschaft bewegen wollte, ist selbstverständlich. Unerhört ist es aber — eine Stellungnahme der preussischen Regierung und des preussischen Landtags dazu unbedingt erforderlich —, daß auch der preussische Vertreter in der schärfsten Weise für die weitgehenden Forderungen der Agrarier eintrat und für ihren Antrag stimmte. Geschah das mit Genehmigung der preussischen Regierung?

Wenn jetzt mitgeteilt wird, daß Reichs Ernährungsministerium werde eine Vorlage anarbeiten und sie auf dem üblichen parlamentarischen Wege über das Kabinett, Reichsrat und Reichstag zur Erledigung bringen, so scheint das Reichs Ernährungsministerium sich auf dem Rückzuge zu befinden. Ob aber auch die Agrarier, ist mehr als zweifelhaft. Wenn sie aber selbstbehalten, so wird auch bald das schwache Ministerium wankend werden. Deshalb gilt es vor allem, den Widerstand der Agrarier zu brechen, den sie der Ablieferung der Umlage entgegensetzen. Man wird deshalb den Ernährungsminister voll dafür verantwortlich machen müssen, wenn er nicht alles tut, um die im Gesetz gegebenen Zwangsmassnahmen gegen säumige Abnehmer zur Anwendung zu bringen.

Die neue Firma

Die Deutschvölkischen haben einen langgehegten Plan verwirklicht: Sie haben eine neue Partei, den „Deutschen Freiheitsbund“ gegründet. Die Gründung wird durch folgende Erklärung verkündet:

Am 16. September wurde in Berlin der „Deutsche Freiheitsbund“ gegründet. Der Bund stellte eine politische Vereinigung dar, die mit allen verfassungsmäßigen Mitteln die Werrückführung des deutschvölkischen Staatsgedankens erstrebt, in Sonderheit durch Vorbereitung von Reichstagswahlen und Volksentscheiden. Der Bund erstrebt die Befreiung von der Herrschaft der Fremdstämmigen, vom Terror der Strafe, von der Willkür des Parlamentarismus und vom Druck des Versailler Vertrages. Der Bund wird in Kürze mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit treten. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle, Berlin W 10, Magdeburger Straße 26, I.

Das hier verkündete Programm war bisher das Programm der deutschvölkischen Geheimorganisationen. Auch diese standen statutenmäßig auf dem Boden der Verfassung. Das Endergebnis ihres „verfassungsmäßigen“ Wirkens war — der politische Mord. Es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß das Verstecken der neuen Firma die aufgeschlossenen Geheimorganisationen — mit Ludendorff im Vordergrund — bilden werden. Deshalb glauben wir, daß die Neugründung in erster Linie eine Angelegenheit ist, mit der sich der Staatsanwalt beschäftigen sollte.

Gewerkschaftlicher Versammlungsschutz gegen die kommunistischen Radaumacher

Die Hamburger Kommunisten, die eine sehr große Uebung im Radaumachen haben, haben leithin versucht, eine Versammlung der Betriebsräte zu sprengen, weil es ihnen nicht gelang, der Versammlung ihre verrückten Parolen aufzuzwingen. Um den ewigen Störungsversuchen ein Ende zu machen, hat der Hamburger Ortsausschuss des ADGB beschlossen, einen Versammlungsschutz ins Leben zu rufen. Der Entschluß wird durch folgende Bekanntmachung verkündet:

Da auf der letzten Betriebsraterversammlung von un-berufenen und unbesugten Seite der Versuch gemacht wurde, die Versammlung zu sprengen, hat der gewerkschaftliche Selbstschutz in Aktion zu treten. In diesem Besonderen der Transportarbeiterverband 50, Banarbeiterverband 30, Fabrikarbeiterverband 30, Gemeindegewerkschaften 50, Metallarbeiterverband 30, Brauereiarbeiterverband 30, Holzarbeiterverband 20, Verband der Berufsfeuerwehrleute 20, Maschinen- und Heizerverband 20, Zimmerer 20, Eisenbahnerverband 20 und Buchdruckerverband 10 Genossen. Die Organisationen haben die Absichten für die Angehörigen der Selbstschutzborganslation spätestens am Montag, den 25. September in der Betriebsrätezentrale in Empfang zu nehmen.

Wahrscheinlich für diese Anordnung war folgender Vorgang: Bei der letzten Betriebsraterversammlung delegierten die Kommunisten eine große Anzahl ihrer Betriebsvertrauensleute in die Versammlung, um auf diese Weise eine Mehrheit für ihren neuesten Schwindel — Kontrolle der Produktion — zu bekommen. Den kommunistischen Vertrauensleuten wurde der Zutritt verweigert, da nur Betriebsräte eingeladen waren. Die Kommunisten machten darauf Anlauf und verhinderten einen geordneten Verlauf der Versammlung. Dessen überdrüssig, ordnete nunmehr der Ortsausschuss des ADGB, die Bildung des Versammlungsschutzes an, der bei neuen Störungsversuchen durch unberufene Elemente in Aktion treten soll.

Die „rote Rache“ ist über die Maßnahmen der Hamburger Gewerkschaften sehr empört und schreibt: „Diese Gesellschaft scheut sich also nicht, nach dem Muster der Kapitalistischen Arbeiter gegen Arbeiter zu gehen.“ Aber nicht die Gewerkschaften, sondern die Kommunisten sind es, die bisher nach dem Muster der Kapitalisten Arbeiter gegen Arbeiter gehetzt haben. Und nicht nur bei den Gewerkschaften verhindert diese kommunistische Hetze jede erspriessliche Aufklärungsarbeit, auch die politischen Versammlungen werden durch die kommunistische Radaupolitik systematisch um ihren Erfolg gebracht. Der Ungehörige ist die Reaktion.

Deshalb begrüßen wir den Schritt der Hamburger Gewerkschaften und wir wünschen, daß er recht bald auch in allen anderen Orten Nachahmung finden möge. Niemand hat bisher die Kommunisten verhindert, in den Versammlungen ihre Auffassung zu vertreten. Sie sollen auch in Zukunft nicht daran gehindert werden. Wogegen sich aber die sozialistische Arbeiterpartei endlich mit allen Mitteln wehren muß, das ist der Terror, den die Kommunisten dort anwenden, wo die geistigen Argumente fehlen, das ist die planmäßig betriebene, von der kommunistischen Parteiführung angeordnete Sprengung von Versammlungen durch zu diesem Zwecke eigens aufgestellte Stütztrupps. In Sachen, wo eben der Wahlkampf einsetzt, beginnen die Kommunisten die gleiche Taktik zu üben. So wurde am letzten Sonnabend in Delitzsch im Vogtland die Versam-

Der Gerner Parteitag nahm gestern einstimmig folgende Resolution an:

Der Parteitag konstatiert:
Die Erfüllungspolitik hat den ersten Willen des republikanischen Deutschland bewiesen, den Wiederaufbau Deutschlands und die Befriedung der Völker zu betreiben. Das hat aber auch gezeigt, daß das Uebermaß der geforderten Reparationsverpflichtungen an

den allerschwersten ökonomischen Erschütterungen und zu der gefährlichen Verelendung aller Schichten führt, die auf feste Papiermarkteinkommen angewiesen sind.

Für Deutschland und Frankreich droht jetzt die Gefahr, daß die Erfüllungspolitik vom Großkapital benutzt wird zur außerordentlichen Steigerung seiner wirtschaftlichen und politischen Macht und zur

Abhängigmachung der Staatsgewalt vom Großkapital. Demgegenüber fordert der Parteitag, Beteiligung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und ihre Mitkontrolle bei der Ausführung der Wiederaufbauverträge, insbesondere der Anleiheverträge und Gewinnsöhne.

Die Erfüllungspolitik hat jetzt durch das Abkommen mit Belgien Deutschland eine erste dringende notwendige Atempause verschafft. Das bedeutet eine wesentliche Verminderung der deutschen Auslandszahlungen und gewährt die Möglichkeit zu einer

planmäßigen und bewußten Valutapolitik, die das Sinken der Mark verhindert und es ermöglicht, der Ursache der Preissteigerung, der fortschreitenden Verelendung der deutschen Bevölkerung entgegenzutreten.

Der Parteitag betrachtet die Einleitung einer solchen zielbewußten Valutapolitik als die dringende Aufgabe der Reichsregierung. Sie ist um so mehr geboten, weil nur dadurch der Devisenspekulation und Panikerei, der immer härter werdenden Zahlungsnot und Kreditnot ein Ende gemacht werden kann, die sonst zu einer schweren industriellen Krise mit ihren furchtbaren Folgen zu führen droht. Zusammen mit einer planmäßigen Valutapolitik, die die Voraussetzung für die wirksame Bekämpfung des deutschen Wirtschaftslebens ist, müssen aber auch tiefgreifende

lung, in der unser Genosse Jüdel sprach, durch kommunistische Sprengtruppen, die einen ungeheuren Tumult entfachten, auseinandergetrieben. Der Einberufer der Versammlung, Genosse Böhm, wurde von den Kommunisten verprügelt.

Das ist keine Politik mehr, das ist organisiertes Radaumachen und dagegen hat die sozialistische Arbeiterpartei endlich die geeigneten Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Soll in Verhandlungen die sozialistische Aufklärungsarbeit Erfolg zeitigen, dann muß zuerst den kommunistischen Radaubrüdern das Handwerk gelegt werden, ungeachtet dessen, was Moskau und seine deutschen Stipendiaten dazu sagen.

Zum Rathenau-Mordprozeß

Die Verhandlung gegen den Kapitänleutnant a. D. Wolfgang Dietrich aus Erfurt und gegen den Schriftsteller Dr. jur. Hans Wilhelm Stein aus Bura Saaleck, die verdächtig sind, den Mordern Rathenaus willentlich Beistand geleistet zu haben, wird gleichfalls am 2. Oktober in Verbindung mit der Strafsache gegen Tschow und Genossen wegen Mordes vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig stattfinden.

Kapitänleutnant Dietrich ist im wesentlichen geständig. Er will am 15. Juli einen in Rößen zur Post gegebenen Brief von Kern erhalten haben, der ihn darum bat, ihm doch zwei Auslässe zu besorgen. Kern schreibt darin, daß er und sein Gefährte, der Ingenieur Hermann Fischer in Großer Rotfelde, wenn ihnen nicht von Dietrich geholfen würde, so müßten sie sich das Leben nehmen. Dietrich kannte Kern von der gemeinschaftlichen Dienstzeit bei der Marine und will sich nichts dabei gedacht haben, wenn er den früheren Kameraden einen derartigen Dienst leistet.

Der zweite Angeklagte, der Schriftsteller Hans Wilhelm Stein aus Bura Saaleck war früher Kaufmann, später Syndikus einiger Verbände. Er behauptet, in den Jahren 1919 und 1920 für rechtsstehende Parteien Wahlpropaganda betrieben zu haben. Dann aber will er zu seiner Partei und keiner Organisation gehört haben. Am Tag, bevor Fischer und Kern die Bura Saaleck aufsuchten, um sich dort zu verstecken, ist der Anzeigende morgens mit der Bahn von Rößen nach Naumburg gefahren. Dann nach München. Er bestaunte die Reise nach München als verspätete Hochzeitsreise, außerdem aber wollte er damit seine Glaubwürdigkeit beweisen. Der Angeklagte ist, wie festgestellt werden konnte, mit Kapitänleutnant Dietrich bekannt. Stein ist 1924 abhandelt, daß Fischer und Kern den Turm am Blüchererkerker verlassen und auf diese Weise in das Innere des Turmes gelangt sind.

Der Oberstaatsanwalt scheint um das Schicksal der verhafteten Angeklagten im Rathenau-Mordprozeß sehr besorgt zu sein. Er hat, nachdem bereits die beiden Garagengeheuer gegen eine Kaution aus der Haft entlassen worden sind, nunmehr auch den Angeklagten Vogt, und zwar ohne Sicherheitsleistung aus der Haft entlassen. Dagegen ist der Angeklagte Dietrich gegen eine Kaution von 100.000 Mark auf freien Fuß gekommen. Vier Haftentlassungen 14 Tage vor dem Prozeß, das will äußerst bedenklich erscheinen, zumal es sich um lauter schwer belastete Personen handelt. Das Lügengewebe, das die Rathenau-Mörder und ihre Helfer schon sehr fein gesponnen haben, kann durch die Haftentlassung schwerbeschuldigter nur noch dichter gesponnen werden. Die Verdunklungsfahrt wird durch die Maßnahmen des Oberstaatsanwalts auf alle Fälle erhöht.

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung

verabschiedete in ihrer gestrigen Sitzung die Notstandsverordnung des Magistrats, nach der 268 Millionen zur Unterstützung der notleidenden Bevölkerung aufgebracht werden sollen. Die Deutung soll durch einen entsprechenden Ausschlag auf die Gas- und Elektrizitätspreise erfolgen. Angenommen wurde ferner die Erhöhung der Straßentaxen auf 10 Mark und des Wasserpreises ebenfalls auf 10 Mark (entgegen der Magistratsvorlage, die 13 Mark verlangt hatte). Die zweite Beratung der Wohnungsbauabgabe wurde zurückgestellt. Aufgearbeitet wurden eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen. Den Bericht über die Sitzung können wir wegen Raummangels erst in der morgigen Nummer bringen.

handels-, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen getroffen werden. Ihr Ziel muß sein: die Beseitigung des Defizits in der Handels- und Zahlungsbilanz sowie die Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt, die volle Sicherstellung der Ernährungs- und Brennstoffversorgung der Bevölkerung, der Kampf gegen Teuerung und Hunger und Schutz des bereits sehr hart ausbleibenden Arbeitslosenheeres.

Inwieweit der gewaltigen und durch die Geldentwertung hervorgerufenen Preissteigerung für das freie Getreide und der zum 15. Oktober in Aussicht stehenden Verdreifachung des Brotpreises, die durch die ungenügende zwangsweise Ablieferung von Getreide aus der heimischen Ernte notwendig wird, proklamierte der Parteitag auf das allerentschiedenste gegen den unter dem Diktat der Agrarier zustandekommenden

gegenwärtigen Beschluß des Umlagepreisausschusses auf Verwirrung des Preises für das Umlagegetreide, die Durchführung des Beschlusses würde bedeuten die Gewährung unerbittlicher Milliarden-Konjunkturgewinne an die Agrarier, den Sonnenstab für die Kleinrentner, die Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen und zahllose Angehörige der geistigen Berufe, erhebliche Verschlechterung der Lage aller Festbeschäftigten, hiesigen Ausländern der Preise aller anderen Waren, gewaltige Verschlechterung der Finanzen aller öffentlichen Körperschaften sowie Verschärfung der Finanznot und Arbeitslosigkeit.

Für die Maßnahmen von so verhängnisvoller Wirkung lehnt der Parteitag die Verantwortung ab. Er fordert die Reichstagsfraktion auf, die Forderung der Agrarier sowie das ihnen bewiesene Entgegenkommen des Reichs Ernährungsministeriums

auf das Ichste zu bekämpfen und bei Durchführung des gegenwärtigen Beschlusses die Verantwortung für diese Handlung abzunehmen. Außerdem verlangt der Parteitag zur wirkungsvollen Bekämpfung der Ablieferungslage der Agrarier, sofortige Anwendung der im Umlagegesetz vorgesehenen Zwangsmassnahmen gegen diejenigen Erzeuger, die ihre Ablieferungspflicht nicht erfüllen.

Besprechung beim Reichskanzler

Der Reichskanzler hatte gestern vormittag die Parteiführer nach der Reichstagsfeier eingeladen, um ihnen durch den Reichsbankpräsidenten Havesche ein Bericht über die Londoner Garantieverhandlungen geben zu lassen. Nach der „Dena“ will die Reichsbank allein die Garantie übernehmen, dagegen verpflichtet sich die Reichsregierung, von den ihr zugewiesenen 25 Prozent der Schulden an Belgien einen Fonds zur Abtragung der Schulden an Belgien innerhalb 18 Monaten abzugewinnen. Als Garantie sollten die 50 Millionen Pfund der Reichsbank in London und ihre Silberbestände dienen. Dafür soll die Bank von England vom 15. Februar 1924 einen Vorschuß in der Höhe von zwei Dritteln der belgischen Forderungen bewilligen. Das letzte Drittel soll mit Hilfe des Reichsbankreservesfonds an Devisen bis zum Verfall des sechsmonatigen Schahwechsels von der Reichsbank selbst gedeckt werden. Der Vorschuß, den die Bank von England gewähren soll, soll dann mit den gleichen Devisen im Zeitraum weiterer zwölf Monate abgetragen werden, so daß Deutschland bis zum 15. Juni 1924 die Beschuldung von 270 Millionen Goldmark getilgt haben würde.

Dieser Plan der Reichsbank machte es möglich, daß die von ihr garantierten deutschen Schahwechsel für Belgien sofort handelbar wurden.

Von den Parteiführern nahm an erster Stelle der deutsch-nationale Abg. P. L. J. die Wort und übte an der Haltung der Regierung einige Kritik. Er tadelt besonders, daß die Regierung sich durch das Londoner Abkommen bis zum Jahre 1924 gebunden habe. Das sei für die Regierung ungünstig und finanziell nicht gerechtfertigt. Seine Kritik hielt sich jedoch in sehr zurückhaltenden Formen, besonders, da er prinzipiell der Regelung des Problems seine Zustimmung nicht verweigern konnte. Der Zentrumsgewählte Marx billigte das Vorgehen der Reichsregierung und gab dem Londoner Abkommen die Zustimmung der Zentrumspartei, der deutsch-demokratische Abgeordnete Dr. Peter sen sprach dem Reichskanzler für die glückliche Lösung der schwierigen Frage den Dank seiner Partei aus.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen abgeschlossen

(B.Z.) Berlin, 21. September. Die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Garantiefolge sind, wie wir erfahren abgeschlossen. Die Schahwechsel werden am Montag übergeben werden, und zwar zunächst die Wechsel über die Noten, die an sich am 15. August und 15. September 1923 fällig waren und nun am 15. Februar und 15. März fällig werden, abzüglich der Summen, die aus sonstigen deutschen Leistungen auf Vorannuitäten gutzuschreiben sind. Die Wechsel werden die Garantie der Reichsbank tragen.

Die Orientverhandlungen in Paris

(B.Z.) Paris, 20. September. Heute morgen haben im Canal d'Orsay die internationalen Besprechungen über die Orientfrage begonnen. Lord Hardings und Lord Curzon kamen um 10.45 Uhr im Außenministerium an, wo sie sich bis 1.30 Uhr mit Poincaré besprachen. Sowohl Poincaré als auch Curzon verweigerten nachher jede Auskunft. Eine zweite Sitzung hat nachmittags stattgefunden. An ihr nahm auch Graf Sforza teil, der auch zuvor mit Lord Curzon besprochen hatte.

Englische Arbeiterführer bei Lloyd George

(B.Z.) London, 21. Sept. Lloyd George empfing heute eine aus etwa 30 Mitgliefern bestehende Abordnung der Gewerkschaftslogen, die dem Premierminister die Ansicht der Arbeiterpartei über die Lage im Fernen Osten darlegten. Von Mitgliefern der Regierung waren anwesend: Chamberlain, Horne und Worthington Evans. Die Erörterungen, die privater Natur waren, dauerten 1½ Stunden. Lloyd George gab die feste Zusicherung, daß die Regierung keine kriegerische Politik verfolgen werde.

Arbeiterwandern und Arbeitersport

Am Scharmühelsee

Was der Wannensee für den Berliner Westen ist, das ist oder soll in noch größerem Maß werden der Scharmühelsee für den Osten. Nach seinem Wald- und Seengebiet in der Umgebung Großberlins hat sich in den letzten Jahrzehnten die Villen- und Kurhaus-Spekulation härter hingezogen. Erst gab es den üblichen Baukrach. Summen, die für die Friedenszeit gewaltig zu nennen waren, gingen verloren. Kriegs- und Revolutionsgeminnler, Lebensmittelspekler und Dollarspekulanten haben die alten Projekte wieder aufgegeben. In Landhausbauten sind ja immer Mauersteine genug vorhanden. Geld spielt keine Rolle. Man sieht es so manchem neugedachten Villenprojekt am Scharmühelsee mit den lüftigen Kugeln, den schwammigen Hängengebäuden und den breiten brutalen Anabacken schon von weitem an, daß er seine Millionen mit Deringeln oder Kartoffeln oder sonstwas aus der Not des Volkes ergaunerte. Nur von seiner sauberen Hände ehrlicher Arbeit kann sich auf diesem teuren Grund und Boden so leicht keiner eine Villa bauen. Schließlich ist das, was man hier vielfach sieht, nur die neumodische Nummer des Kupfpländerturns. Brandenburgische Rittergeschlechter haben auch am Scharmühelsee und auf den ihn umfließenden Bergen zwischen lieblichen Dörfern gehaust und die Bauern nach Strich und Faden geschöpft. Der Feldmarschall Jhlow, dem unter dem Namen „Jho“ Schiller in seinem Ballenstein ein Denkmal setzte, hatte auf dem kleinen Bert bei Saarow sein Haus. Heute sind alle Adelsgeschlechter rings um den Scharmühelsee als Großgrundbesitzer verschwunden, auch der Freiherr von Reichenstein, dem früher der 1675 Hektar große, 10 Kilometer lange See gehörte. Sie konnten, wie auch an zahlreichen anderen Stellen bei Berlin und in der Mark, dem Wahn von der Terrainspekulation nicht widerstehen, was für die Erschließung dieser jahrhundertlang von einer bevorrechteten Klasse verriegelten schönen Waldgebiete und für eine gesunde bauliche und verkehrserweiternde Entwicklung gewiß zu begrüßen war. Man sieht ja noch manches Ländlein über die Heber frauchen, wenn man sehen muß, wie sich an Stelle des märkischen Adels nun die Jobserei breit macht, kann sich aber doch freuen über einen großzügigen Ausbau, der wenigstens für das Auge seine Reize bietet. Schöner für den wahren Naturbewunderer mag freilich der Scharmühelsee gewesen sein, als er noch eine von der Kultur fast unbefleckte Wildnis war. „Groß ist er und schön zugleich“, sagt Fontane, der Dichter der Mark. „Ein brandenburgisches Meer ist es. Hier sind alle inwägen Schönheiten der Mark vertreten“. Den schönsten Teil für die Beobachtung nach dem Muster der Grünwaldkolonien hat sich am Nordende des Sees die vor einigen Jahren verkaufte Landbank ausgesucht. Diese 4000 Morgen umfassende Nordhälfte mit den ehemaligen Rittergütern Saarow und Pleskow auf beiden Seeseiten wurde, ähnlich wie in der Gartenstadt Frohnau, zu einem Großbetriebe der ländlichen Bauproduktion umgewandelt. Wo einst an der Spitze des Sees die nächtliche „Fechthütte“ stand, erhebt sich ein modernes Kurhaus mit Aussichtsturm als Mittelpunkt der prächtigen Promenade, die um die See spitze herum die Landhauskolonie Saarow und Pleskow verbindet, und eine noch großartigere Kurhandanlage wächst nach Süden zu der Vorkolonie entgegen. Den Wanderfreund interessieren mehr die Touren zwischen See und Fürstentum nach dem „Röhrengrund“ mit prächtigen Laubbolabeständen, nach „Fontanepark“, „alte Eiche“, „Schöne Aussicht“, „Pleskower Hals“, weiter hinauf nach den Soldatenbergen mit Aussicht auf den kleinen Petersdorfer See, über Neu-Golm nach den famos bewaldeten Dubrowbergen und nach den allbekanntesten Rauenbergen mit seinen Finglingssteinen. Alle Touren sind farblich markiert. Wer nicht von Fürstentum aus sich zu Fuß heranzwängeln oder die Kreisbahn nach Saarow-Dorf benutzt, wählt über Wusterhausen die Kleinbahn über Storkow bis Station Scharmühelsee. Es lohnt sich, schon in Storkow auszustiegen, am Storkower und Dolgen-See entlang zu wandern und quer durch den Wald nach Jagdschloß Schwarzhorn zu schneiden, um von Süden aus Saarow zu erreichen. Jedenfalls sind diese Touren mit die schönsten in nicht zu großer Entfernung von Berlin.

Generalversammlung des Arbeiter-Sportkartells

Am veranannenen Mittwoch fand die Generalversammlung des Berliner Arbeiter-Sportkartells statt, die sich in der Hauptstadt mit der Finanzierung des Arbeiter-Sportkartells und des „Arbeiterpost“ zu beschäftigen hatte. Der Kartellvorsitzende Dehlschläger gab einen kurzen Rückblick über die Entstehung und Entwicklung des Arbeiter-Sportkartells. Er rühmte mit Recht, daß viele Arbeiter-Sportveranstaltungen dem Kartell zu wenig Interesse entgegenbrachten und zu seiner Finanzierung so gut wie nichts beitrugen. Er verwies auf die bedauerliche Tatsache, daß in den Verwaltungsbezirken die Kartellierung so gut wie nicht durchgeführt wurde. Mehr als bisher mühten die Arbeiter-Sportorganisationen das Sportkartell einerseits mit Geldmitteln, andererseits mit den notwendigen Unterlagen versehen, um das Arbeiter-Sportkartell in den Stand zu setzen, wirklich positive Arbeit zu leisten und auch die bürgerlichen Sportvereine wirksam zu unterstützen.

Nach einem Bericht über die finanzielle Lage des „Arbeiterpost“ wurde in die Diskussion einbezogen, die sich sehr lebhaft abspielte. Genosse Bartelmann vom Touristenverein „Die Naturfreunde“ vertrat in der Frage des „Arbeiterpost“ die Ansicht, daß bei dem letzten Umsturz dieser Zeitung das rein politische und kulturelle Streben der Arbeiterwanderer neben den rein sportlichen Interessen anderer Sportorganisationen nicht genügend berücksichtigt werden könnte. Die Herausgabe des „Arbeiterpost“ in härterem Umfang scheiterte aber an der Finanzkrise. Aus diesen Gründen könne von den Arbeiterwanderern ihre eigene Zeitung unter keinen Umständen aufgegeben werden. Wenn der „Arbeiterpost“ so wenig Anklang finde, so sei dies auch darauf zurückzuführen, daß er sich durch Austragen von Parteipolitik in weiten Kreisen der Arbeiterpartei in Mißkredit gebracht habe. Diese Zeitung könne nur gehalten werden, wenn sie, ohne parteipolitische Politik, als reines Sportblatt ausgebaut würde. Die Sportorganisationen, deren Interessen in der Zeitung dann rückhaltlos vertreten werden könnten, mühten durch Einführung eines Obligatoriums die Finanzierung sicherstellen. Der Redner wandte sich dann zur Frage des Kartellverbandes und forderte nun endlich praktische Arbeit unter Beiseitehaltung der bisherigen Prinzipienkritik und des Parteihandels. Es müsse versucht werden, durch regere Mitarbeit in den Bezirkskommissionen auf diese mehr Einfluß im Interesse der Arbeiterwanderer und Arbeiterpost zu gewinnen. Den Hauptausblick der bürgerlichen Sport-

organisationen, der bekanntlich den 50-Millionen-Fonds des Reiches verwaltet, töte man nicht durch Resolutionen, sondern durch Einflußgewinnung auf amtliche Stellen. Die politischen Arbeiterpartei mühten sich dabei nach Möglichkeit zu machen, daß sie es durchsetzen, dem Hauptausblick die Verwaltung amtlicher Gelder zu entschieben, damit Arbeiterorganisationen zur Erlangung von Mitteln nicht mehr angewiesen sind, sich diesem bürgerlichen Sportausblick anzuschließen.

Dem Kommunisten Dieckhoff war die Frage der Finanzierung des Arbeiter-Sportkartells und des „Arbeiterpost“ seine Geldfrage, sondern eine politische Frage. Seiner Ansicht nach seien alle Finanzände beizubehalten, wenn die Arbeiterpartei derart „Klassenbewußt“ würde, daß sie es ablehnen in den Bezirkskommissionen mit ihren eigenen Parteigenossen zusammenzuarbeiten. Nur Abwechslung ritt Dieckhoff im Gegensatz zu seinen eigenen Parteigenossen den toten Sportausblick „Antipolitikismus“. Wenn aus der Finanzkrise keine Lösung nicht, aber desto mehr schäme er von den bürgerlichen U.S.P. und S.P.D. Leuten. Im Namen von „Nichte“ — so sagte er — wärs — auch er die Erklärung ab, daß diese große Sportorganisation auf die Kartellierung „offiziell“, wenn das Sportkartell sich nicht „revolutionär“ umgestalte und die Arbeit in den Bezirkskommissionen und anderen amtlichen Stellen ablehne.

Nach weiterer Diskussion wurde die Generalversammlung auf vier Wochen vertagt. In dieser neuen Generalversammlung soll dann von den Vertretern der einzelnen Sportorganisationen über die Stellungnahme ihrer Vereine zu den Fragen eines jährlichen Beitrages von 12 M. pro Mitglied für das Arbeiter-Sportkartell und der Einführung eines Obligatoriums des „Arbeiterpost“ berichtet werden. Diese Versammlung wird dann auch endgültigen Beschluß fassen über die Art des Weiterbestehens und der Organisation des „Arbeiterpost“.

Ohne den Beschluß der einzelnen Arbeiter-Sportorganisationen vorzulegen zu wollen, sind wir der Ansicht, daß Kartell und „Arbeiterpost“ nur aus ihrer Desaktivierung herauskommen können, wenn Mittel und Wege gefunden werden, daß sich der „Arbeiterpost“ selbst erhält. Die hohen Rüstungskosten des Kartells müßten aufhören, wenn die Frage der Finanzierung des Kartells in beiderseitiger Weise gelöst werden soll. Wir würden es lebhaft im Interesse der Arbeiterpartei bedauern, wenn es für die Zukunft unmöglich sein sollte, den Vorsitzenden, der wichtige und einträgliche Verhandlungen mit den Behörden zu führen hat und den Kampf gegen die bürgerlichen Sportvereine forcieren muß, zu befehlen. Außerordentlich bedauerlich ist es, daß die Kartellierung in den Bezirken so sehr im argen liegt. Nur harte und arbeitsfreie Parteistärke verhindern es, daß der Umsturz der Herrschaft von Sport- und Spielplätzen für Aktive um Nachahmung findet. Wederliches Arbeiten ist jedoch nur möglich, wenn große Arbeiter-Sportorganisationen, wie A. V. „Nichte“, es aus das entsprechende abgeben, nach den Leistungen der Arbeiterpartei zu arbeiten sollte. Dies nicht erreichen, dann dürfte eine Spaltung der Arbeiter-Sportorganisationen in nicht allzu weiter Ferne liegen. Die Erfolge einer solchen „revolutionären“ Politik würde nur die bürgerlichen Sportvereine haben. Nicht Kampf gegen die einzelnen Klassenorganisationen, sondern Kampf gegen die bürgerlichen Sportvereine muß die Parole sein.

Altersriegelturner Groß-Berlin

Sämtliche aktive und passive „Alte Herren“ aller Arbeiter-Turnvereine der 20 Verwaltungsbezirke Groß-Berlins werden hiermit aufgefordert, am Freitag, den 22. September, abends 7 1/2 Uhr, in der Turnhalle Bräutigamstr. 70, zu erscheinen. Von 8-10 Uhr Turnen der Aktiven, nachdem Vorrede über die diesjährige Herbst-Turnfahrt. Laut Bundesbeschlusses ist jeder Arbeiter-Turner über 35 Jahre berechtigt, in eine „Altersriege“ einzutreten. Turngenossen, erseheint alle und pünktlich.

Arbeitsbrüder, die ihr noch eine gewisse Abneigung haben gegen jede sportliche Betätigung nach Feierabend, kommt und seht euch unsere Alten an, die schon im grauen und weihen Haar noch schwierige Übungen an den Turngeräten auszuführen vermögen. Ein Beweis, daß sie durch Turnen gekräftigt, den Kampf ums Dasein besser bestehen können. Ein Beweis aber auch, daß sie im späten Alter noch dem Kapitalismus gefährliche Gegner sein können. Kommt und seht euch an, der Eintritt ist frei.

Straßenlauf im Norden Berlins

Die Propagandaläufe des Bezirks Norden der Freien Turnerschaft Groß-Berlin am Sonntag wiesen gute Beteiligung auf. Neben A.S.C. waren auch Wilmersdorfer und Lichtenberg mit ihrem guten Vorkursmaterial am Start erschienen, so daß es scharfe Kämpfe gab, die mit großem Interesse verfolgt wurden.

Resultate: Männer-Einzelstrecke 4500 m: 1. Heinze-Wilmersdorf 14 Min. 44,9 Sek., 2. Heddy-G.-B.-Neußölln 15 Min. 10,8 Sek., 3. Deirich-G.-B.-Norden 15 Min. 14,3 Sek. — Jugend-Einzelstrecke 1500 m: 1. Soran-G.-B.-Neußölln 4 Min. 51,7 Sek., 2. Kühnemund-Nichte 5:4 Min. 57,4 Sek., 3. Schade-G.-B.-Norden, 4. Erl.-G.-B.-Neußölln, 5. Ritter-G.-B.-Neußölln. — Männer Staffette 4500 m: 1. Wilmersdorfer 11 Min. 11 Sek., 2. A.S.C. 11 Min. 20,4 Sek., 3. Lichtenberg 11 Min. 35 Sek., 4. Wilmersdorfer II. — Turnerinnen 5x100 m: 1. Nichte 2:11 Min. 12,5 Sek., 2. G.-B. 1 Min. 17 Sek., 3. Lichtenberg 1 Min. 19,6 Sek., 4. G.-B. — Jugend Staffette 3000 m: 1. A.S.C. 1:7 Min. 52,5 Sek., 2. G.-B.-Norden-Düren 8 Min. 5 Sek., 3. Nichte 3, 4. G.-B.-Norden. — Auf 5000 m: 1. G.-B.-Norden gegen Nichte 9:4:3 für G.-B.-Norden.

Abteilungswettkämpfe Fichte-Südost

Auf dem Turnplatz Treptow-Baumhulsenweg, Köpenicker Landstraße, Ecke Eichbühlallee, hält am kommenden Sonntag, nachmittags 1 Uhr die Sportabteilung Fichte-Südost (Rital, d. Arbeiter-Turn- und Sportvereins „Nichte“ Berlin) ihre Abteilungs-Wettkämpfe ab. Der Groß-Berliner Arbeiterpost wird hier Gelegenheit geboten, leichtathletische Wettkämpfe der Männer, Frauen und Jugend in Augenschein zu nehmen; veranstaltet von einer Abteilung, von der ohne Uebertreibung gesagt werden kann, daß sie in sportlicher Beziehung auf der Höhe ist. Genossen, sorgt für einen regen Besuch dieser Veranstaltung, Eintritt frei!

Die genannte Abteilung hält ihre Trainingsabende Dienstags und Freitags in der Turnhalle Görliger Straße 52 abends 7-8-10 Uhr ab. Gähre herzlich willkommen.

Turnende Profetariernädchen

Die durch ihre sportlichen und turnerischen Erfolge bestens bekannte Jungmädchen-Abteilung des Turnvereins „Nichte“ veranstaltet anläßlich ihres 25-jährigen Bestehens am Sonntag, den 23. September im Konzertsaal des Schiller-Lyceums, Panitzsch, Ecke Völkgerstr., einen „Unterhaltungsabend“, bestehend aus Konzert, Rezitationen, Gesang, turner-

rische Aufführungen usw. Anfang pünktlich 7 Uhr. Eintritt 10 Mark. Als Fortsetzung dieses Unterhaltungsabends findet am Sonntag darauf (24. September) von 3 bis 6 Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums, Panitzsch, 18, ein Schachturnen dieser Abteilung statt. Von hier aus um 6 Uhr Abmarsch mit Musik zum Turnplatz in Reinickendorf durch die Pantzsch, Bad, Schweden, Residenz- und Holländer Str. In der „Nichtelause“ dann Reiner und Tanz. Eintritt frei. Die 2. Jungmädchen-Abteilung fordert die Arbeiterschaft des Berliner Nordens auf, diese Veranstaltungen durch regen Besuch zu unterstützen.

Siedelung Jungfernhöhe

Der erste Bauabschnitt der Siedelung Jungfernhöhe steht seinem Ende entgegen. Es werden 50 Häuschen mit 100 Wohnungen am 1. Januar fertiggestellt, von dem bis 1. Oktober bereits 48 Wohnungen bezogen werden. Das Bezirksamt Wedding hatte es nicht leicht, aus der Zahl von 1300 Bewerberinnen diejenigen auszuwählen, die eine Wohnung erhalten sollen. Man kam zu dem Ergebnis, nur Kriegsbekämpfte und Lungenkranke zu berücksichtigen. Es wurde eine Gemeinnützige Gesellschaft gebildet, welche die Siedelung errichtet. Jeder Mieter ist Gesellschafter. Die Selbstverwaltung in häuslicher Form ist gewährleistet. Dieser Zweck ist die Bildung der Gemeinnützigen Gesellschaft Jungfernhöhe im Wedding. Schönheitsstraße 1. vor sich. Der Bauratgeber wird erinnert an die Schwierigkeiten, die bisher zu überwinden waren, wünschte den Gesellschaftern, daß sie sich wohllich bezüglich verbessern möchten.

Dann kam die Verteilung der Wohnungen, die mit Spannung verfolgt wurde. Denn in einer Zeit des Wohnungsleides ist es etwas Ungewöhnliches, daß die Wohnungen verteilt werden. Jeder Anwesende zog sich die Nummer seiner Wohnung. Gerechter und demokratischer konnte nicht verfahren werden, das war die Meinung aller Erschienenen. Und als alle kleinen Wünsche, die geäußert wurden, befriedigt waren, sah man nur frohe Gesichter, obwohl die Not und Forderung alle furchbar drückt. Und doch ist manche von den Gesellschaftern noch glücklich zu nennen gegen die, die heute noch in elenden Böhren hausen müssen. Es muß natürlich ganz anders durchgearbeitet werden als mit einigen Häuschen, um das furchtbare Wohnungsleiden zu lindern.

Monarchistische Reisepässe

Wohl keine offizielle deutsche Urkunde findet so häufig ihren Weg in das Ausland wie der Reisepass. Man sollte deshalb meinen, daß hier ganz besondere Sorgfalt darauf gelegt wird, die Urkunde nicht zum Tummelplatz monarchistischer Tendenzen zu machen. Dennoch stellt das Polizeipräsidium Berlin unter sozialdemokratischer Leitung noch heute Reisepässe in das Ausland aus, die von monarchistischen Emblemen nur so wimmeln. Bereits auf dem Umschlag des noch heute gültigen Formulars befindet sich über dem kaiserlichen Reichsadler eine freigelegte Kaiserkrone. Das Titelblatt enthält in der Mitte das Preussische Wappen, wiederum von einer goldenen Krone überragt. Auch die Prägekempel, mit denen die Photographien im Paß überstempelt sind, erfreuen sich als schönsten Schmuckes der Preussischen Königskrone.

Der beliebte Einwand, daß es sich hier um alte Formulare handle, die ausgedruckt werden sollen, vermag nicht, da in den vorliegenden Pässen an sämtlichen Stellen, die für die Datierung vorgesehen sind, von der Jahreszahl die ersten drei Ziffern 193... vorgegedruckt sind, so daß nur noch die letzte Ziffer auszufüllen ist. Die Passformulare sind also erst im 3. Jahrzehnt dieses Jahrhunderts und jahrelang nach Einführung der republikanischen Staatsform gedruckt.

Ist wohl jemand so naiv, zu glauben, daß Wilhelm, wenn er mit seiner neuen „Landesmutter“ wieder als Monarch noch Deutschland zurückkehren würde, auch nur eine Woche die republikanischen Symbole auf offiziellen Schriftstücken dulden würde? Mehr Würde, Ihr Herren Republikaner!

Es gibt noch milde Richter

Wir teilten vor einigen Tagen mit, daß der Vollstreckungsbeamter Raas, der am 20. August in Südberga ohne jede Veranlassung den Arbeiter Puhmann erschossen und zwei Passanten, darunter das Vorkursmitglied des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Gen. Saar, lebensgefährlich verwundet hat, auf drei Tage aus dem Unterjünglingsgefängnis beurlaubt sei. Wie aus Saars Rechtsbeistand, Gen. Dr. Siegfried Weinberg, hiermit mitteilt, liegt der Fall in Wirklichkeit noch viel krasser. Raas ist nicht etwa nur aus der Haft beurlaubt, sondern das unabhängige Amtsgericht Südberga hat es überhaupt abgesehen, einen Haftbefehl zu erlassen, so daß der Morddube sich noch heute der ungehörten Freiheit erfreut. Man verzeihe mir dieser Milde des Gerichts, wenn es sich um Morde an Arbeitern handelt, die Arenae Braxid, die sonst üblich ist, wenn es sich um die Strafverfolgung von Arbeitern handelt. Wir wollen nur erwähnen, daß beispielsweise ein junger Arbeiter, dem zur Last gelegt wird, in Kassen gelegentlich einer monarchistischen Freier Schwarz-weiß-rote Fahnen herabgerissen zu haben, trotz aller Haftbeschwerden bereits monatelang in Untersuchungshaft gehalten wird. Bekanntlich gibt es dennoch in Deutschland keine Klassenjustiz.

Die Jugendweiche für den 19. Verwaltungsbezirk findet am Sonntag, vormittags 10 Uhr, in der Aula des Bundes Panfow, Görlitzer, statt. Eintrittskarten sind noch in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft und am Eingang zur Aula zu haben.

Raubmordversuch am Bahnhof Neubabelsberg. Gestern abend wurde der Kino-Operateur Erich Ritschmann in der Nähe des Bahnhofes Neubabelsberg von einem etwa 30 Jahre alten Manne und einer etwa 25-jährigen Frau überfallen und durch Messerhiebe an Kopf und Hals erheblich verletzt. Auf seine Hilferufe eilten Passanten herbei, die sich an die Verfolgung der Täter machten, diese aber nicht mehr fassen konnten. Der schwerverletzte Ritschmann mußte nach dem nächsten Krankenhause geschafft werden.

Selbstmord eines Liebespaars. Gestern morgen wurden der Arbeiter Julius Blum und die Frau Anna Heime in der Wohnung der Letzteren im Hause Gaudystr. 18 durch Gas vergiftet aufgefunden. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod bei beiden Personen feststellen. Unüberwindliche Hindernisse, die sich ihrer Verbindung entgegenstellten, hatten sie zu dem letzten Schritt getrieben.

Beim Einbruch überfallen. In der vergangenen Nacht gegen 12 1/2 Uhr wurde vor dem Hause Royalstraße 7 der 22 Jahre alte Arbeiter Otto Kusche von einem Polizeioberwachmeister dabei betroffen, als er die Rollschlüssel zum Eingang eines Hofes hochgezogen hatte und sich am dem Schloß zu schaffen machte. Auf die Frage des Beamten, was er dort mache, gab er eine unabweisende Antwort. Gleichzeitig griff er in die Tasche und schlug auf den Beamten ein. Dieser machte von seiner Schutzwehr Gebrauch und stieß Kusche durch eine Angel nieder. Man brachte den Verletzten nach der Rettungsstelle in der Regelfstraße und darauf nach dem Untersuchungsgefängnis.

Gewerkschaftliches

Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission

Am Mittwoch tagte im Berliner Gewerkschaftshaus die Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Beitragsershebung, schilderte der Sekretär Spruna die unzulängliche finanzielle Lage der Gewerkschaftskommission. Er brachte in Vorschlag, von den Organisationen für das nächste Halbjahr für männliche Mitglieder 10 Mark, für weibliche Mitglieder 8 Mark (bisher 2,50 bzw. 2 Mark) zu erheben.

In der Diskussion erkannte der Kommunist Deutschmann die finanzielle Notlage an, behauptete dann aber, die Gewerkschaftskommission verchwende Gelder für SPD- und USPD-Versammlungen.

Der Vorsitzende, Genosse Sabbath, stellte sofort fest, daß an dieser von der „Roten Fahne“ aufgestellten Behauptung kein wahres Wort sei. Der Wahrheitsbeweis für diese Behauptung sei auch nicht zu erbringen.

Urich (Metallarbeiter) wandte sich gegen die in Aussicht genommenen hohen Beitragsätze; die Organisationen könnten diese Beiträge nicht aufbringen. Er bringt in Vorschlag, eine Kommission zur nochmaligen Prüfung dieser Frage einzusetzen.

In der Abstimmung wird der Antrag Urich abgelehnt, aber auch die vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission wird sich also erneut mit dieser Frage beschäftigen müssen.

Grahmann vom ADGB hielt dann ein Referat über wirtschaftliche Lagefragen. Er führte etwa folgendes aus:

Die jetzige Forderung ist eine Folge des verlorenen Krieges und der durch den Versailler Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen. Die von Deutschland abgetrennten Gebiete waren für die Volkswirtschaft außerordentlich wertvoll. Ebenso trägt der Verlust der Handelsflotte und vieles andere zur Vergrößerung des wirtschaftlichen Elends bei.

Ein Mangel an Rohstoffen besteht eigentlich nicht, jedoch erschwere die Salutaschwankung die Einfuhr. Es kennzeichnet die kapitalistische Wirtschaftsmethode, daß in einigen Ländern Rohstoffe und Nahrungsmittel verkommen wegen Mangel an Absatzgebieten, während in anderen Ländern wegen Mangel an diesen Produkten Hungernot herrscht. Eine Folge davon ist eine ungeheure Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern. Dilemma Umstände ist es hauptsächlich anzuschreiben, daß die führenden Industrien der einzelnen Länder jetzt die praktische Lösung der Probleme verweigern.

Grahmann befristete sich dann einmündend mit dem Reparationsproblem. Er stellt fest, daß von den geschätzten 11 Goldmillarden nur 2,8 Milliarden zum Wiederaufbau verwandt worden sind. Der Rest ist in den Vorkriegsarbeiten stecken geblieben.

Zur innerpolitischen Lage übergehend, betonte Grahmann, daß der ADGB nicht daran denke, die von ihm aufgestellten 10 Forderungen fallen zu lassen, aber leider veränderten die politischen Verhältnisse ihre Verwirklichung. Grahmann ließ sich dann eingehend über die gegenwärtige Lage aus; in den nächsten Wochen hätten wir noch mit weiteren Steigen der Preise für die Bedarfsartikel zu rechnen. Eine der Hauptursachen sei die Währungsinstabilität. Das Verhalten Frankreichs aber auch, die Spekulationswut über ihren gewaltigen Einfluß aus. Die starke Einfuhr von Luxusartikeln müsse eingeschränkt werden. Die diesbezügliche Forderung des ADGB habe zwar den Unwillen der betreffenden Arbeitergruppen ausgelöst, aber im Interesse des Volksganzen müssen diese Maßnahmen getragen werden.

Von allen Übeln ist der Hunger das schlimmste. Der Handel verlangt jetzt den Wiederbeschaffungspreis. Dagegen müssen sich selbstverständlich die Arbeitervertreter wenden. Der Redner forderte dann schärfste Kontrolle des Devisenhandels.

Eine Besserung unserer Ernährungsverhältnisse ist von der geplanten Einfuhr von 400 Millionen Tonerde Karotteln aus Polen zu ermäßigten Preisen zu erwarten. Auch soll billiges Fleisch in großen Mengen aus Argentinien eingeführt werden. Diese Maßnahmen schaffen aber nur eine kleine Erleichterung. Es ist notwendig, eine internationale Anleihe zu erhalten.

Um eine gewisse Stabilität der allgemeinen wirtschaftlichen, besonders aber auch der Währungsverhältnisse zu bekommen, wäre es gut, wenn Deutschland nicht alle ein bis zwei Wochen mit neuen Drohnoten Frankreichs bedacht wird. Auch sei es notwendig, daß die arbeitende Klasse sich nicht weiter zerfalle, sondern sich zusammenschließt, um den Bestand der Republik als Kampfboden des Proletariats zu sichern. (Beifall.)

In der Diskussion erklärte Barth, daß das Proletariat nicht die Wurzel des Übels gefannt habe. Das Proletariat müsse selbst zum Träger des Staatsgedankens werden. Die Vorkämpfe müssen parallel laufen mit den Steuerkämpfen für das Reich. Es ist nicht richtig, daß der Friedensvertrag allein schuld an der Wirtschaftsmisere sei. Wenn die nötigen Steuern von den Besitzenden bezahlt würden, sei mit einer Festigung der Saluta und damit einer Steigerung des Reallohnes zu rechnen. Dann erst würde sich die Lebenshaltung der Arbeiter bessern.

Frenzlau (SPD) meint, die bestehende Gewerkschaftsordnung müsse gestürzt werden. Man müsse den Kampf wagen. Er verlangt dann, die Maßnahmen des Häufiger-Ausschusses zu unterstützen.

Genosse Vollmerhaus erklärt sich mit den von Grahmann vorgetragenen Gedankengängen einverstanden. Nur eine starke Gewerkschaftsbewegung sei imstande, die Notlage der Arbeiterklasse zu mildern.

Nach einem kurzen Schlußwort von Grahmann wurde die Plenarversammlung wegen der vorgerückten Zeit geschlossen. Die übrigen Tagesordnungspunkte (Erhebung eines Kulturbeitrages zur Errichtung von Jugendheimen, Volksfürsorge, Verschiedenes) werden in der nächsten Plenarversammlung erledigt.

Baustoffwucher und Bauarbeiterlöhne

Das Unternehmertum beliebt es bekanntlich immer so darzustellen, als ob die heutigen hohen Baukosten hauptsächlich auf die hohen Löhne der Bauarbeiter zurückzuführen wären. Was von dieser Behauptung zu halten ist, zeigt eine Aufstellung über die Bauarbeiterlöhne und Baukostenpreise, die anlässlich der Arbeiterwoche von der Bauabteilung der Hamburger „Produktion“ in der Hamburger Kunsthalle ausgestellt worden war und die in der soeben erschienenen Nummer der Sozialen Bauwirtschaft veröffentlicht ist. In dieser Aufstellung sind den Löhnen eines jeden einzelnen Berufes im Baugewerbe die Baukostenpreise in diesem Beruf gegenübergestellt. Dabei ergibt sich, daß die Löhne auch nicht im entferntesten um so viel gestiegen sind wie die Baukostenpreise.

So betrug z. B. der Stundenlohn für die Hamburger Maurer am 15. August 1922 das 56,7fache des Lohnes von 1914. Die Preise der Baustoffe im Maurergewerbe waren dagegen in keinem Falle um weniger als das 78fache, in den meisten Fällen dagegen weit über das 100fache bis zum 375fachen gestiegen. So betrug der Preis für rote Dintermauerungsteine das 194fache, für Kalksandsteine das 170fache, für Fußbodenplatten das 325fache, für Küchenplatten das 250fache, für eiserne Träger das 200fache, für Gips das 185fache, für Wandplatten das 375fache des Vorkriegspreises.

Der Stundenlohn der Zimmerer betrug am 15. August 1922 das 57,1fache des Stundenlohnes der Vorkriegszeit. Dagegen waren gestiegen:

Einschubplatten um das 250fache, Balkenholze (Riefer) um das 275fache, Deckenbalken um das 280fache, Einischub um das 294fache, Balkenanter um das 195fache, Nägel um das 294- bis 300fache, Kammpläne um das 375fache, Spundbohlen um das 291fache der Vorkriegszeit.

Der Stundenlohn der Tischler betrug am 15. August 1922 das 60fache des Vorkriegslohnes. Dagegen kostete: Fächer-Kantholz das 314fache, Leim das 187fache, Türhänge das 237fache, Fensterwinkel das 240fache, Geländer das 204fache, Gaten und Schraubenschlösser das 308fache der Vorkriegspreise.

Der Stundenlohn der Schlosser betrug am 15. August 1922 das 64fache des Vorkriegslohnes. Dagegen war im Preise gestiegen: Winkelisen um das 208fache, O-Eisen um das 200fache, Klavieren um das 188fache, Schienen um das 184fache, Schwarzeisen um das 228fache, Schrauben um das 317fache des Vorkriegspreises.

Der Stundenlohn der Maler betrug am 15. August 1922 das 62,5fache des Vorkriegslohnes. Dagegen war gestiegen der Preis für: Pinsel um das 270fache, Leinöl um das 390fache, Terpentin um das 557fache, Bleiweiß um das 210fache, Zinkweiß um das 191fache des Vorkriegspreises.

Der Stundenlohn für Dachdecker, Klempner und Mechaniker betrug am 1. August 1922 das 50fache des Vorkriegslohnes. Dagegen betrug der Preis für: Schiefer das 250fache, Zinn um das 192- bis 316fache, Zinkblech das 206fache, Gasrohre das 144- bis 260fache, Formstücke das 250- bis 405fache des Vorkriegspreises.

Ähnlich ist das Verhältnis im Elektriker- und im Drehereigewerbe. Der Lohn für Elektriker betrug am 15. August 1922 das 60fache des Vorkriegslohnes. Der Preis für: Bergmannrohre das 138- bis 176fache, Dsenrohre das 238fache, Schornsteinschieber das 340fache des Vorkriegspreises.

Diese Aufstellung zeigt eindringlich, wie unwahr die Behauptung des Unternehmertums ist, wonach die Löhne der Bauarbeiter an den heutigen Baukostenpreisen schuld sind. Wenn heute die Herstellung einer Wohnung von 70 Quadratmeter Wohnfläche bereits eine Million Mark kostet, so ist daran in erster Linie der wahnwitzige Wucher mit Baukosten schuld. Diesen Wucher gilt es deshalb vor allen Dingen wirksam zu bekämpfen.

USPD-Gewerkschaftsangeestellte und Delegierte zur Gewerkschaftskommission

Am Sonnabend, den 23. September findet im Bürger-Saal des Rathauses abends 6 Uhr eine wichtige Versammlung aller USPD-Gewerkschaftsangeestellten sowie der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über unsere Aufgaben in der Zukunft. 2. Diskussion und Verschiedenes.

Regelbeteiligung wird erwartet.
Bezirksverband Berlin-Brandenburg, USPD.
A. A. A. Dola.

Zur Einführung des Betriebsrates

Innerhalb der Arbeiterbewegung hat kaum ein Funktionär so vielfältige Aufgaben wie der Betriebsrat. Nicht nur, daß er die arbeitsrechtlichen Geetze und Verordnungen genau kennen muß, um die Interessen seiner Kollegen in den Betrieben abführend zu vertreten, er muß sich auch Einblick in den inneren Gang des Betriebes verschaffen und die Lage der Volkswirtschaft übersehen können.

Alle diese Kenntnisse sind jedoch schwer zu erwerben, wenn nicht eine gewisse kenntnismäßige Grundlage schon vorhanden ist. Hier vor allem zeichnen sich die Mängel des bisherigen Schulsystems, das Bildung und Wissen nur den Kindern der begüterten Kreise zugänglich machte, aus der Volksschule jedoch die Kinder mit zum Teil überflüssigen, zum Teil wiederum gänzlich unzureichenden Kenntnissen entließ. So kommt es denn, daß die Arbeiterklasse, hat sie einmal die Notwendigkeit der Bildungsarbeit einsehen, mit elementaren Kenntnissen des Realistischen Aufbaues und der wirtschaftlichen Zusammenhänge beginnen muß.

Dieser Forderung der Selbsthilfe trägt die Freigewerkschaftliche Betriebsräte-Schule in ihrem am 2. Oktober beginnenden Unterrichtsabschnitt weitestgehend Rechnung. Der Lehrplan enthält eine Reihe von Einführungsakursen, in denen vorwiegend solche Kollegen, die noch bisher keine Bildungsarbeit betrieben haben, mit ihrer Arbeit beginnen sollten. Außer den allgemeinen Einführungsakursen seien an dieser Stelle die Kurse erwähnt, die sich mit einer Einführung in Staats- und Rechtslehre, mit der Einführung in den Sozialismus und mit der Stellung der Frau im industriellen Großbetrieb befassen.

Hörerkarten zum Preise von 15.- M. (für Arbeitslose unentgeltlich). Unterrichtsverzeichnisse und Propagandaflakate sind in gewünschter Anzahl im Büro der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Eraelufer 24/25, 2. Hof, 1. Treppe, erhältlich. In den Betrieben nehmen die Betriebsräte und Funktionäre die Verteilungen entgegen und leiten sie als Sammelbestellungen in das Büro der Schule.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Kein Streik der Hochbahner

Bei der am Mittwoch, dem 20. September, stattgefundenen Versammlung des Hochbahnpersonals gelangten in der Urabstimmung 2009 Stimmen zur Abgabe für den Streik erklärten sich 1439, für Arbeit 847 Stimmen, 19 Stimmen waren unguiltig, während ungefähr 500 Angehörte nicht abstimmen haben. Die zur Annahme eines Streikbeschlusses erforderliche Dreiviertelmehrheit wurde nicht erreicht und der Streik war somit abgelehnt. Demnach aelten die von der Direktion vorgeschlagenen Lohn-erhöhungen, die bedeutend hinter den Forderungen der Arbeitnehmer zurückbleiben, als angenommen. Mit Wirkung vom 1. September aelten für die Handwerker die neuen Lohnsätze von 40 M., 51,75 M. und 24,50 M. für die drei Altersklassen. Angelernte Arbeiter beziehen rückwirkend ab 1. September 46,75 M., 49,50 M. bzw. 53,25 M., während sich der Stundenlohn der unangelernten Arbeiter nunmehr auf 45,75 M., 48,50 M. und 51,25 M. pro Stunde stellt. Die Löhne der Arbeiterinnen werden in den drei Altersklassen auf 34,15 M., 35,90 M. und 37,70 M. erhöht, die Kinderaulassen betragen 2 M.

Klärung im Zentralverband der Hotellangestellten

Und wird geschrieben: Die Presse hatte sich in den letzten Wochen und Monaten wiederholt mit den Vorgängen innerhalb dieses Verbandes, die durch das Verhalten der Kommunisten veranlaßt wurden, zu beschäftigen. Wie erinnerlich, sprengten die Kommunisten die Generalversammlung vom 2. August, in der es zu Tätlichkeiten kam. Die Folge davon war, daß die Verwaltung sich auflöste und bei der Generalversammlung den Ausschluß bzw. die Entlassung von drei kommunistischen Beamten beantragte und durchsetzte. Inzwischen wurde die Verwaltung in den Branchenversammlungen neugewählt. Bei dieser Wahl hatten die Kommunisten den Beamten der kommunistischen Gewerkschafts-Zentrale Schläger und die entlassenen Gewerkschaftsbeamten Meller und Bordemann erneut ehrenamtlich in die Verwaltung gewählt.

Die am 19. September in den Residenz-Festivallen tagende Generalversammlung des Verbandes beschloß mit 129 gegen 93 Stimmen die Wahl der drei Benannten nicht zu bestätigen. Die alte Verwaltung hatte erklärt, daß sie auf keinen Fall mit den drei genannten Kommunisten zusammen arbeiten würde, da sie ein gutes Zusammenarbeiten für ausgeschlossen halten. Die Kommunisten hätten also die gesamte Verwaltung und sämtliche Beamtenposten beisehen müssen, für den Fall, daß die oben genannten drei Kommunisten als Mitglieder der Verwaltung beschäftigt worden wären. Vor der Abstimmung wurde von dem kommunistischen Redner erklärt, daß sie Anspruch auf einen Vorsitzenden und einen Kassierer-Posten erheben würden. Sie wären auch bereit, in drei bis vier Tagen den gesamten Beamtenapparat zu beisehen. Um so größer war die Wut der SPD-Beute, als sich nach der Abstimmung herausstellte, daß sie nicht in der Lage waren, geeignete Vorschläge zu machen. Die Generalversammlung beschloß deshalb in Konsequenz ihres gefaßten Beschlusses, die alte Verwaltung und zwar die Genossen Saar und Hennings als Vorsitzende sowie Warrnat und Singer als Kassierer wieder zu wählen.

Das entschlossene und energische Vorgehen der Kasse-Adamer hat also zu einer empfindlichen Niederlage der Kommunisten geführt und der Organisation wieder eine arbeitsfähige Leitung gegeben.

Drohender Streik im Textilgroßhandel

Die Handelskassensarbeiter des Textilgroßhandels lehnten in ihrer letzten, sehr stark besuchten Vollversammlung nach erregter Diskussion den Vergleichsvorschlag des Schlichtungsausschusses mit großer Majorität ab und verlangten, daß sofort, spätestens jedoch am Freitag der Streik beschlossen werden soll. Dieser Beschluß und die Erregung der Arbeiterschaft ist durchaus zu verstehen, da ihnen durch den Vergleichsvorschlag für die vergangene Zeit weniger zugesprochen worden ist, als sie mit einem Vorschlag von 1000.- bzw. 800.- M. und einer vorläufigen Erhöhung um 50 Prozent tatsächlich erhalten haben.

Die beschlußfassende Versammlung findet heute, Freitag abend, 6 Uhr in der „Königsbank“, Große Frankfurter Str. 117, nahe Straußberger Platz, statt. Das Erscheinen aller Berufs-kollegen wird bestimmt erwartet.

Beendigung des Streiks in der Lederhandschuh-Industrie

Die im Lederarbeiterverband organisierten Lederhandschuhmacher und Handschuhnäherinnen hatten am 4. September im ganzen Reich die Arbeit niedergelegt, da eine Verständigung über die September-Löhne mit dem Verband Deutsche Lederhandschuhfabrikanten nicht zustande gekommen war. Am Streik waren beteiligt 2120 Handschuhmacher und 4464 Handschuhnäherinnen.

Die Verhandlungen am 15. September brachten eine Einigung über die neuen Löhne mit sich. Für September wird auf die Juli-Grundlöhne ein Zuschlag von 200 v. H. und für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober ein Zuschlag von 225 v. H. auf die Juli-Grundlöhne gewährt. Die Arbeit wurde am 16. September wieder aufgenommen.

Die Lohnbewegung in den Margarinieniederlagen

In letzter Stunde ist es gelungen, den drohenden Streik in den Margarinieniederlagen zu verhindern.

Nachdem die Einigungsverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss gecheitert waren, verlangte der Deutsche Transportarbeiterverband eine neue Verhandlung mit den Arbeitgebern.

In dieser Verhandlung wurden dann die bereits vor dem Schlichtungsausschuss gestellten Forderungen der Arbeitnehmer von den Vertretern der Niederlagen angenommen. Es wurden Löhne bis zu M. 3706.- pro Woche vereinbart. Die Löhne der einzelnen Gruppen richten sich nach den Bestimmungen des Rahmentarifes.

Verbandsmitglieder erhalten Abdriftten des Rahmentarifes sowie des neuen Lohnabkommens im Verbandsbüro, Engelster 24/25, II. Zimmer 38.

Neue Löhne der Berliner Mühlenarbeiter

Durch Abschluß eines neuen Lohnabkommens wurde für die im Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands (früher Branerei- und Mühlenarbeiter-Verband) organisierten Mühlenarbeiter am 17. September eine Lohnbewegung beendet. Der Lohn der Geserten wird ab 16. September 1922 um wöchentlich 650 M. und ab 29. September um weitere 600 M. erhöht; bei den Unangelernten beträgt die Zulage 920 M. bzw. 600 M.; weibliche Arbeitnehmer erhalten 615 M. bzw. 400 M. zu ihren lebigen Bezügen. Demnach beträgt der Lohn für Geserte ab 16. September 1922 wöchentlich 3400 M. und ab 29. September 4000 M.; Unangelernte erhalten 3350 M. bzw. 2950 M. Arbeiterinnen 2250 M. bzw. 2650 M. Außer den vorgesehenen Löhnen erhält jeder Arbeitnehmer wöchentlich 4 Pfund Freimehl. Das Lohnabkommen ist befristet und erreicht am 15. Oktober sein Ende.

Berliner Gewerkschaftskommission. Am Sonntag, dem 24. September, vormittags 10 Uhr, findet im Berliner Gewerkschaftshaus, Saal 1, eine Konferenz der Ortsausschüsse der Provinz Brandenburg statt.

Tagesordnung: 1. Die Sozialversicherung und die Wahlen zu den Versicherungsämtern. Referenten: Gustav Pinf., Sekretär, und Julius Cohn, Vorsitzender der ADG. — 2. Wirtschaftliche Lagefragen. Referent: Szikedi vom ADGB.

Deutscher Bauarbeiterverband, Sektion Tiefbau. Am Sonnabend, den 23. 9., nachmittags 2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelster 24-25, Saal 1, Versammlung aller im Tiefbaugewerbe beschäftigten Betriebsräte und Baudelegierten. Auch die Vertrauensleute der Maschinen- und Heizer müssen anwesend sein. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Es ist unbedingte Pflicht der Baudelegierten, in der Versammlung anwesend zu sein.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inhalt und die geschäftliche Mitteilungen: Karl Hübner, Berlin; Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Schmidt, G. m. b. H., Berlin SW, 69, Mittelstr. 75.